Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werkthätigen Bevölkerung.

Mit der illustrirten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt".

Der „Lübecker Volksbote" erscheint täglich Abends außer Sonntag mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Große Altefähre 8[illegible]7, und die Post zu beziehen.
Preis vierteljährlich **Mk. 1,60.** Monatlich **55 Pfg.** Postzeitungsliste Nr. 4069 a 6. Nachtrag.

Die **Anzeigengebühr** beträgt für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum **15 Pfennige**, für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur **10 Pfennige**, auswärtige Anzeigen 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Morgens in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 33. **Freitag, den 8. Februar 1895.** 2. Jahrgang.

Hierzu eine Beilage.

Neudeutsche Freiheit der Wissenschaft.

„Wohin kommen wir, wenn wir aus Besorgniß vor dem Strafrichter nicht mehr die Worte der Gegner mittheilen dürfen, um derentwillen wir gerade unsere warnende Stimme erheben? — Darf ich es nicht, weil ein Schwachkopf daran Anstoß nehmen, oder ein Fanatiker es sich aneignen könnte? Geben Sie Gedankenfreiheit! So müssen wir mit Posa ausrufen. Schillers und Goethes Werke müssen umgedruckt werden, wenn jedes freie Wort über Religion, Ehe, Eigenthum, Monarchie dem Strafrichter verfallen soll. So gehen wir zurück im neuen Reich."

So schrieb vor einiger Zeit ein in den letzten Wochen verstorbener Münchener Gelehrter, Moritz Carriere, der absolut gottgläubig, absolut ungefährlich, absolut reichstreu, kurz militärfromm in jedem Bezuge war. Diese Stelle aus einem Brief Cariere's an eine Redaktion beweist auf das Schlagendste, wie tief auf den Hund unsere sogenannte Gedankenfreiheit in Schrift und Rede gekommen ist, und damit zugleich die vollständige Ueberflüssigkeit weiterer Knuten für den denkenden, schreibenden und druckenlassenden Deutschen. Man vergegenwärtige sich die Sachlage: der gelehrte Kautschuckmann, der es fertig brachte, Hegelianer und Gottgläubiger zugleich zu sein, schickt einer natürlich „jutgesinnten" Redaktion einen Aufsatz. Darin steht ein kritisches, vielleicht derbes Wort der Kritik über eines der heiklen, von der Umsturzvorlage Schutz erwartenden (?) Institute: Ehe, Religion, Eigenthum, Monarchie, das Carriere anführt, vielleicht aus einer ††† sozialdemokratischen Schrift, um es zu widerlegen. Und da schreit der Herr Verleger, der die Unaussprechlichen über und über voll hat: „Mein lieber Herr Professor, das geht nicht! Denken Sie an Ihren Herrn Kollegen von der andern Fakultät, den Staatsanwalt!" Und nun will der regierungszahme und militärfromme Philosophieprofessor aus der Haut fahren und schreibt dem Verleger, wie oben citirt ist.

Es ist das eine blutige Satire auf die deutsche Preßfreiheit, ein Wort, das man nie anders als mit Gänsefüßchen schreiben und drucken dürfte. Die zahmen Ver-Verleger kastriren sich und ihre Schriftsteller jetzt bereits aus Angst, bei den Hammelbeinen genommen zu werden vom Bruder Staatsanwalt! Was wollen denn unsere Staatserhaltenden noch weiter?

Freilich wissen sie, daß ein Philosophieprofessor an einer Universität und ein sozialdemokratischer Redakteur oder Schriftsteller zwei ganz verschiedene Personen sind. Freilich wissen sie, daß nur sehr furchtsame Vögel nicht allmälig dahinter kommen, daß für eine große Kulturbewegung solche Gesetze, wie sie die Umsturzvorlage plant, nichts weiter sind als Vogelscheuchen; wenn die Vögel erst eingesehen haben, daß so ein Ding nur aus Lappen und Lumpen besteht und weder Inhalt noch Leben hat, so setzen sie sich einfach darauf und pfeifen — ihr Liedchen darauf.

Die Freunde der Umsturzvorlage behaupten, daß Ding schade der Wissenschaft nicht — und siehe da, es wirft schon so bedenkliche Schatten voraus, daß einem lammfrommen Professor der Koller ankommen muß, weil ein lammfrommer Redakteur ihm unmöglich macht, den Umsturz zu bekämpfen, indem er Zeter schreit, weil jener einen Satz eines Umstürzlers zitiren will, um ihn todtzuschlagen mit allen Mitteln professoraler Logik und Denkschärfe.

Nun, wenn das jetzt schon und staatlich approbirten Philosophieprofessoren von seiten ihrer Redaktionen und Verleger, für die sie arbeiten, begegnen kann — worauf dürften sich dann unzünftige freisinnige, demokratische oder gar sozialdemokratische Kritiker gefaßt machen, wenn sie die „Kräutlein rühr mich nicht an": Religion, Ehe, Eigenthum, Monarchie unter die Lupe ihrer Betrachtungen stellen!

Selbst ein Carriére wollte bereits etwas merken, wohin wir steuern, nämlich in einen erbärmlichen Sumpf. Wenn aber so ein offizieller Staatserhaltender bereits „merkt", daß es in den Sumpf geht, so wissen wir ganz genau, daß wir schon bis an den Hals drinnen stecken im Schlamme der Schmach und Schande.

Wie mag man sich in freieren Ländern lustig machen über das „Volk der Dichter und Denker"! Es mag sein, wie Hutten einst schrieb: „Es verlachen uns Kinder und alte Weiber und Männer, Handwerker, Kaufleute, Pfaffen, Laien, Edle, Unedle, Herren und Knechte. Als alberne Gäuche führt man die Deutschen an der Nase herum, zeigt mit Fingern auf sie, schreit sie mit den schändlichsten Namen aus und vexirt sie in Scherz und Ernst als thörichte Narren".

Wer noch etwas echte Vaterlandsliebe, Liebe zu seinem Volk, seiner Wohlfahrt und Freiheit hat, dem muß ob unserer Zeiten Schmach die Schamröthe in's Gesicht steigen, wie schon vor Jahren der edle Graf Schack in einem Epigramm erklärte, „daß man im Ausland sich schämt, als Deutscher geboren zu sein!" Und diese Schmach kommt von oben, von denen, welche die Aufgabe haben, alle gute Gabe und alle vollkommene Gabe zu spenden, die als weise und gütig verehrt sein wollen und keine Kritik vertragen können.

Aber die Vorlage hat jetzt schon ganz entgegengesetzte Folgen von dem gezeitigt, was sie bezwecken soll. Sie soll das „Hetzen" verhindern und hat selbst gehetzt, genau wie jene päpstliche Bulle, von der Hutten in seinem schon oben zitirten Gespruchbüchlein über die römische Dreifaltigkeit schreibt:

„Die Leute sind schon in Aufregung, denn der Römer Betrug, den sie bisher zu verdecken wußten, hat jetzt seinen Deckel verloren, sie treiben ihre Schalkheit so öffentlich, daß es nicht länger so hingehen kann."

Aber was würde selbst ein Umsturzgesetz nach Stumm'schem Muster nützen? Das Einmaleins und die Grundelemente des Denkens wird und kann man nicht verbrennen. Auch die Bibel wird man lassen stahn, in der unendlich viel sozialpolitische Kritik enthalten ist. Würde man aber auch Alles verbrennen, so nützt das auch noch nichts. Ließe man nur noch schönfärberische Lügen die Zensur passiren, so müßte man auch zugleich allen Lesern derselben es unmöglich machen, diese Lügen mit der sie umgebenden Wirklichkeit zu vergleichen.

Aber dem Wolf ist der trügerische Schafspelz herabgeglitten, man sieht die unheimlichen glühenden Augen und das freßgierige Maul mit den Reißzähnen, die Bestie Reaktion hat sich demaskirt, man erkennt sie in aller ihrer Brutalität und Scheußlichkeit — und das ist gut so!

Uns hat sie nie getäuscht, — aber es ist uns hochwillkommen, daß selbst deutschen Universitätsprofessoren bange wird vor der „Freiheit" der Wissenschaft und der Kritik, wie sie im neuen deutschen Reiche verstanden wird von denen, die die Gewalt haben. Ein Jahrzehnt sozialdemokratischer Agitation hätte nicht soviel Aufklärung schaffen können, als diese brillante Umsturzvorlage, die wie ein elektrischer Lichtwerfer den Weg beleuchtet hat, auf dem wir von unseren guten „Hirten" frisch, fromm, fröhlich, frei in den Abgrund geführt werden sollen.

Deutscher Reichstag.

(Original-Bericht des „Lübecker Volksbote.")

Berlin, 6. Februar 1895.

30. Sitzung.

Präsident von Levetzow eröffnet Nachmittags 1 Uhr die Sitzung.

Am Tische des Bundesrathes: Fürst Hohenlohe, Dr. v. Bötticher.

Zunächst wird ein schleuniger Antrag Auer und Genossen (SD.) auf Einstellung eines gegen den Abg. Schmidt-Frankfurt (SD.) beim Reichsgericht schwebenden Strafverfahrens wegen Preßvergehens debattelos angenommen.

Sodann steht die folgende Interpellation der Abgg. Dr. Hitze und Dr Lieber (Z) zur Verhandlung:

„Die unterzeichneten Mitglieder des Reichstages richten an die verbündeten Regierungen die Anfrage: Welche gesetzlichen Bestimmungen sind in Ausführung der kaiserlichen Erlasse vom 4. Februar 1890 „über die Formen" in Aussicht genommen, „in denen die Arbeiter durch Vertreter, welche ihr Vertrauen besitzen, an der Regelung gemeinsamer Angelegenheiten betheiligt und zur Wahrnehmung ihrer Interessen bei Verhandlung mit den Arbeitgebern und mit den Organen der Regierung befähigt werden"? — Darf insbesondere die Vorlage eines Gesetzentwurfs, betreffend die gesetzliche Anerkennung der Berufsvereine und die Errichtung einer geordneten Vertretung der Arbeiter (Arbeiter-Kammern) „zum freien und friedlichen Ausdruck ihrer Wünsche und Beschwerden" auch gegenüber den Staatsbehörden baldigst erwartet werden?" —

Reichskanzler Fürst Hohenlohe erklärt sich bereit, die Interpellation sofort zu beantworten. Zur Begründung derselben nimmt das Wort

Dr. Hitze (Z.): Die Erlasse vom 4. Februar 1890 wurden mit großer Begeisterung aufgenommen. Es knüpften sich weitgehende Hoffnungen daran, zum Theil übertriebene, die sich nicht erfüllen ließen. Aber Manches ist doch erreicht worden. Ich erinnere nur an das Arbeiterschutzgesetz, an dessen Zustandekommen wir ehrlich mitgearbeitet haben. Aber wir können dabei nicht stehen bleiben. Im Volke ist nur zu sehr der Glaube verbreitet, die Umsturzvorlage habe einen arbeiterfeindlichen Karakter. Man befürchtet, daß weitergehende Wünsche der Arbeiter Erfüllung nicht finden würden. Wir haben einen dieser Wünsche herausgegriffen, der auch in dem erwähnten kaiserlichen Erlasse als berechtigt anerkannt worden ist. Leider sind die gesetzlichen Formen, in denen die Interessenvertretung der Arbeiter sich vollziehen soll, noch immer nicht gegeben. Diese Interessen sind zum Theil materielle Hier muß der Arbeiter mehr und mehr auf den Weg der Selbsthülfe verwiesen werden. Dazu können die Berufsvereine mit ihren Einrichtungen dienen. Diesen aber muß die gesetzliche Anerkennung gewährt werden, damit sie vor Allem einen guten Arbeitsnachweis organisiren können. Die Anerkennung muß aber eine allgemeine von Reichswegen sein. Ueberließe man sie den Einzelstaaten, so würde die Organisation zu verschiedenartig. Wir können es ferner den Arbeitern nicht verwehren, daß sie sich zur Erlangung besserer Lohnbedingungen zusammenthun. Deshalb haben alle Kulturstaaten den Arbeitern das Koalitionsrecht zugestanden. Auch hier muß den Arbeitern aber eine gute Organisation zur Seite stehen, die auch gesetzlich anerkannt ist. Die Gewerkvereine und Gewerkschaften sind es nicht. Es scheint somit auch aus diesem Grunde die Anerkennung der Berufsvereine nöthig. Dieselbe würde zudem nicht nur den Arbeitern, sondern auch anderen Ständen zu Gute kommen. Die Bauernvereine z. B. würden dadurch in ihren Bestrebungen wesentlich unterstützt werden. Das Verhältniß zwischen Arbeitern und Arbeitgebern ist nicht immer so gut, wie wir es wünschen. Die Arbeitgeber sträuben sich zu sehr gegen die Anerkennung der Arbeiter-Organisationen. Ich hoffe, daß auch hier die Berufsvereine segensreich wirken könnten. Daß sie eine Waffe in den Händen der Sozialdemokratie werden könnten befürchte ich nicht. Ihre Organisation wird wohl immer selbstständig nebenhergehen. Bricht einmal ein Krieg zwischen Arbeitgebern und Arbeitern aus, so können die Berufsvereine wirksam vermitteln, denn sie genießen zweifellos auf beiden Seiten Ansehen. In zweiter Linie fordern wir aber noch eine geordnete Vertretung der Arbeiter in Arbeiterkammern. Dieselben würden die Möglichkeiten bieten, Wünsche und Beschwerden der Arbeiter auch gegen die Staatsbehörden geltend zu machen. Dadurch könnten mißliche Ereignisse sicher vermieden werden, wie wir sie bei Arbeitslosen-Versammlungen erlebt haben. Die Gewerbegerichte genügen hier nicht; ihr Geschäftskreis ist auch ohnedies umfangreich genug. Deshalb halten wir neben ihnen die Errichtung von Arbeiterkammern für wünschenswerth. Wir haben schon früher einen Antrag auf Einführung von Arbeiterausschüssen eingebracht, derselbe scheiterte aber vornehmlich an der ablehnenden Haltung der sozialdemokratischen Partei. Wir sind es aber gewöhnt, daß diese Partei sich Maßnahmen widersetzt, die das wirkliche Wohl der Arbeiter verfolgen. Sie wollen nur Arbeitervertretungen, die ihre Parteiinteressen verfolgen. Sie vergessen aber, daß die Masse der deutschen Arbeiter nicht Sozialdemokraten sind. Aber durch Steigerung der Unzufriedenheit kann man sie leicht zu Sozialdemokraten machen. Deshalb suchen diese die Kluft zwischen Arbeitern und Arbeitgebern eher zu erweitern als zu überbrücken. Wir erstreben das Gegentheil; das aber ist nur zu erreichen, wenn auch die Arbeitgeber den Arbeitern Vertrauen entgegenbringen und sie als gleichberechtigt anerkennen. Man muß ihre berechtigten Wünsche erfüllen und ihnen Gelegenheit geben, sie in friedlicher Weise zur Geltung zu bringen. Dazu sollen die Arbeiterkammern die Handhabe bieten.

Reichskanzler Fürst Hohenlohe (auf der Tribüne sehr schwer verständlich): Die von dem Interpellanten angeregte Frage, betreffend die Ausführungen der kaiserlichen Erlasse, beschäftigt fortdauernd die preußische Regierung. Generell hat der Bundesrath aber noch nicht dazu Stellung genommen, in welcher Richtung die Lösung erfolgen soll. Eine Beantwortung der Frage, ob baldigst eine Vorlage im Sinne der zweiten Frage erwartet werden dürfe, ist zur Zeit nicht möglich, weil die Vorarbeiten zu einem faßbaren Resultat bisher noch nicht geführt haben.

Auf Antrag des Abg. Dr. Lieber findet eine Besprechung der Interpellation statt.

Möller (NL): Die Interpellanten wünschen eine Fortführung der sozialpolitischen Gesetzgebung. Ich würde nicht prinzipiell gegen eine solche sein, aber es giebt doch Stimmen, auch unter meinen Freunden, die sich dahin äußern, daß wir auf dem Gebiete bereits etwas zu weit gegangen seien und mindestens erst längere Jahre Erfahrungen sammeln müßten. Auch die Nothwendigkeit einer festeren, gesetzlich anerkannten Arbeiter-Organisation wird keineswegs allgemein anerkannt. Man hat eben die Erfahrung gemacht, daß die Organisation nur dazu benutzt werden, um Parteiinteressen zu verfolgen. Führten wir daher jetzt die Organisation weiter, so würde die Sozialdemokratie sofort bestrebt sein, dieselbe in die Hand zu bekommen. Was sollte aber z. B. ein Arbeitsnachweis nützen, der in den Händen einer politischen Partei wäre? Er würde diese Partei zur Herrschaft bringen, zur Tyrannisirung der Arbeitgeber führen. Andererseits vermag ich aber nicht einzusehen, weshalb wir ein Spezialgesetz machen sollen, um den Berufsvereinen die Korporationsrechte zu gewähren, während doch im Entwurf zu dem bürgerlichen Gesetzbuche Bestimmungen enthalten sind, welche solchen Vereinen die Erwerbung jener Rechte ganz wesentlich erleichtern. Eine einseitige Vertretung der Arbeiterinteressen würde meines Erachtens nur dazu beitragen, diese und die Interessen der Arbeitgeber auseinanderzureißen. Beider Interessen gehen unbedingt zusammen oder müssen nebeneinander hergehen. Ein einseitige Arbeitervertretung führt unbedingt früher oder später zu einem politischen Terrorismus! Von der politischen Partei wird jede Organisation als geeignetes Kampfmittel benutzt, als Mittel zur

Vermehrung ihrer Macht. Die Situation der Arbeitgeber wird dadurch nur immer schwieriger, und dann bedenken Sie, daß schon heute uns die Konkurrenz mit der außerkontinentalen Industrie sehr erschwert worden ist. Unsere Industrie hat sich eben ungeheure Lasten aufgebürdet, um die Lage ihrer Arbeiter zu verbessern. Das vielbesprochene Stück „Die Weber" kann hier sehr lehrreich wirken. Man kann daraus sehen, wie sehr sich die Verhältnisse bei uns gebessert haben, denn so schauderhafte Zustände, wie sie uns in jenem Stücke aus dem Eulengebirge vorgeführt werden, haben damals nicht blos dort, sondern in vielen Gegenden Deutschlands geherrscht, beispielsweise in meiner engeren Heimath Sachsen. Damals verfolgte man bei den Agitationen nur wirthschaftliche Zwecke, heute aber politische. Deshalb sehen meine Freunde kein Heil in der Schaffung gesetzlich anerkannter Berufsvereine. Ihr Wirken würde nur dazu führen, daß unserer Industrie der Wettbewerb immer mehr erschwert wird. Wir kommen nicht gut mehr vorwärts auf dem Wege der sozialpolitischen Gesetzgebung, ehe nicht die anderen Nationen uns gefolgt sind. Eine wirksame Vertretung ihrer Interessen besitzen übrigens die Arbeiter bereits in der Verwaltung der Versicherungsanstalten und in den Gewerbegerichten. Eine weitergehende Organisation könnte nur dann gedeihlich wirken, wenn sie gemeinsam von Arbeitgebern und Arbeitern geleitet würde. Ich bitte Sie also, die Industrie mit den Einrichtungen zu verschonen, welche die Interpellanten anstreben. Die Industrie wird, wie bisher, so auch weiterhin, selbst für die Besserung der Lage ihrer Arbeiter Sorge tragen. (Lebhafter Beifall bei den Nationalliberalen.)

Fischer (SD.) Als ich den Wortlaut der Interpellation zu Gesicht bekam, da fragte ich mich, warum denn aus den großen Erlasse vom 4. Februar 1890 nur ein kleiner Bruchtheil, ein im Verhältniß zum Ganzen gänzlich unbedeutender Absatz herausgerissen sei, da doch in den kaiserlichen Erlassen vor fünf Jahren viel wichtigere Punkte zur Regelung in Aussicht genommen sind, an denen die Arbeiter viel mehr interessirt sind, als an der Schaffung von Arbeitsämtern, als an der gesetzlichen Festlegung der Berufsvereine Meiner Auffassung nach viel wichtigere Versprechungen sind in der kaiserlichen Botschaft in Bezug auf die Regelung der Arbeitszeit und die gesetzliche Gleichberechtigung gemacht worden. Gerade heute, wo wir vor der Umsturzvorlage stehen, wäre es doch interessant, auf die Wahrung der gesetzlichen Gleichberechtigung ganz besonders hinzuweisen. Ich begreife ja, daß die Sozialpolitiker des Zentrums schließlich nach fünf Jahren zur Fragestellung gekommen sind, ob jetzt nach fünf Jahren nicht endlich einmal etwas geschehen solle. Wäre nur etwas guter Wille bei der Regierung vorhanden, es hätten wirklich die Grundsätze der kaiserlichen Botschaft in die Praxis übersetzt werden können. Nach der heutigen Erklärung des Herrn Reichskanzlers glaube ich, wird Niemand im Hause sein, der nach der Richtung hin weitgehende Erwartungen hegen kann. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Ich weiß nicht, ob der Gedanke richtig ist, daß das Zentrum zur Stellung dieser Interpellation eigentlich gezwungen worden ist durch seine Stellungnahme zu der Umsturzvorlage. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Man sagt zwar, das Zentrum sei in Rücksicht auf seine Wählerschaft in den Arbeiterkreisen gezwungen gewesen, den Umfall in der Umsturzkommission damit aus den Augen zu rücken, indem es das soziale Programm in den Vordergrund schiebt. Das hat auch viel für sich, denn die Umsturzvorlage richtet sich ja gegen die Arbeiterbewegung, gegen die Klassenbewegung und den Klassenkampf. Thatsächlich bedeutet ja die Umsturzvorlage nichts Anderes, als die Unterwerfung des neuen Kurses unter die Ausbeuterinteressen des Großkapitals. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Das wissen eben auch die katholischen Arbeiter und sie lassen sich darüber nicht täuschen, daß nur die Arbeiter getroffen werden sollen in ihrer Gesammtheit. Die Interessen der katholischen Arbeiter in Bezug auf Lohnerhöhung, Verbesserung der Arbeitsbedingungen, der Verkürzung der Arbeitszeit, fallen mit denen der sozialdemokratischen Arbeiter zusammen. Daher auch die Erscheinung, daß in allen rein wirthschaftlichen Kämpfen sich der politische Parteibegriff in der katholischen Arbeiterwelt verwischt. Doch sei dem, wie ihm wolle. Mag die Interpellation Absichten haben, wie sie wolle, ich stehe immer noch vor der Frage, warum diese Kleinigkeit herausgreifen und nicht die weiter gehenden Forderungen? Auch das Zentrum hat schon längst die Forderung des Normalarbeitstages aufgestellt; auch die Ausdehnung der Versicherung hat Herr Hitze bei der Nothstandsverhandlung im Jahre 1893 gefordert, wie auch die Festlegung und Garantirung der Koalitionsfreiheit. Das sind doch so bescheidene Forderungen, daß ich nicht begreife, wie man sie zurückstellen kann, wenn man überhaupt die Frage der Arbeiterschutzgesetzgebung anschneidet. Die Haltung des Zentrums steht ja auch eigentlich im Widerspruch mit der Art, wie Herr Hitze die Interpellation begründet hat; denn die scharfe Kritik über die Unzulänglichkeit der jetzigen Arbeiterschutzgesetzgebung konnte ohne wesentliche Abänderung auch vom einem Sozialdemokraten nicht anders gehalten werden. Sie war einfach die Bestätigung unserer Behauptungen, daß die jetzige Arbeiterschutzgesetzgebung auch den bescheidensten Ansprüchen der Arbeiterklasse nicht mehr genügen könne. Ja, meine Herren vom Zentrum, was haben Sie da noch den katholischen Arbeitern zu bieten? Die christliche Charitas, von der Herr Gröber sprach, ist doch in Bezug auf die sozialen Kämpfe der Gegenwart gänzlich bedeutungslos. (Sehr richtig, bei den Sozialdemokraten.) Ja, überhaupt das Christenthum ist als solches zur Lösung der sozialen Frage nicht im Stande. Das beweist, vom ehemaligen Kirchenstaat ganz abgesehen, wo Massenelend und Massenunwissenheit zu den berechtigten Staatseigenthümlichkeiten gehörten, das Land, wo der Katholizismus und die ultramontane Partei seit Jahren die Regierung in Händen haben, das Land Belgien. Grade in Bezug auf Arbeiterverhältnisse ist dieses Land am weitesten zurück. (Sehr richtig, bei den Soz.) Wir unterstützen die Forderung des Zentrums, geben uns aber bezüglich ihrer Wirksamkeit innerhalb des heutigen Klassenstaates keinen Illusionen hin, denn das deutsche Unternehmerthum ist eine Gegnerin der Berufsvertretung und muß es seiner Klasseninteressen wegen auch sein und unsere Regierung ist ja die Sachwalterin der Unternehmerinteressen, wie wiederholt vom Regierungstische aus zugestanden worden ist. Es giebt ein viel besseres Mittel, alle diese Dinge zu erreichen, als hier die Diskussionen: Geben Sie den Arbeitern volle Koalitionsfreiheit, dann verzichtet die Arbeiterpartei auf allen sozialistischen Krimskrams, von dem Sie so viel Wesens machen. Der Interpellant hat die Ausdehnung des Unterstützungskassenwesens für wünschenswerth erklärt. Gewiß aber in Sachsen bereitet man diesen Bestrebungen die denkbar größten Schwierigkeiten. Und denken Sie an die Buchdruckerkasse. Während des Sozialistengesetzes wurde die Kasse lahm gelegt durch Prozesse, die Herr von Puttkamer gegen sie anstrengte, und während eines Streiks kam die Polizei und belegte die von Arbeitern angesammelten Gelder mit Beschlag. Wir sollen vor den Arbeiterausschüssen Furcht haben. Nein, wir würden sie sogar gern schaffen helfen, wenn wir die Garantie haben, daß sie ihre Aufgaben erfüllen können. Was wollen Sie mit Arbeiterausschüssen, die in das Belieben der Fabrikanten gestellt sind? Was sollen Arbeiterausschüsse wie der des Herrn von Stumm? Was sollen die Arbeiterausschüsse machen, wenn sie einfach nicht angehört werden? Eine Firma Wörthmann u. Ebers in Düsseldorf hat einen Arbeiter schon deshalb entlassen, weil er auf Aufforderung des Herrn von Berlepsch nach Berlin zu der Kommission gekommen ist, die berufen war zur Begutachtung der Ausnahmebestimmungen für die Sonntagsruhe. Wenn Sie Arbeiterausschüsse nach Schweizer Muster einführen wollen, so sind wir bereit, mitzuthun. Nur fürchte ich, wir werden dazu nicht kommen in Deutschland; es ist ja ganz ausgeschlossen, daß wie in der Schweiz in den Staatswerkstätten Arbeiterausschüsse zu sagen haben. Man ist wieder abgekommen von der Fürsorge für die Arbeiter; vor fünf Jahren glaubte man noch, uns damit den Wind aus den Segeln nehmen zu können. Jetzt heißt es „Volldampf zurück". Das soziale Königthum hat kapitulirt vor dem kapitalistischen Königthum. Redner geht auf die Behandlung der Arbeiter in den einzelnen Betrieben, staatlichen und privaten, näher ein. In der Staatseisenbahnverwaltung sind unter dem neuen Minister zahlreiche Arbeiter entlassen worden und zwar gerade alte. Am Buß- und Bettage ist ferner selbst im königlichen Schlosse gearbeitet worden. Was will man da von den Privatunternehmern sagen? Herr Möller meint, wir müßten warten, bis das Ausland uns nachgefolgt ist. Ja, weiß er denn nicht, daß England bereits den Achtstundentag hat, also seiner Industrie noch erheblichere Lasten aufgebürd t hat, als wir? Sollen wir darauf warten, daß Japan und Indien uns folgen. Herr Möller befürchtet, die Arbeiterkammern würden zu Parteiterrorismus führen. Er hat zu einem solchen Vorwurf das geringste Recht, denn seine Wahl verdankt er ja nur dem schamlosesten Parteiterrorismus. (Sehr richtig, links.) Redner führt alsdann eine große Anzahl Vorkommnisse ins Feld, namentlich aus Bereiche der Postverwaltung, die mit den Grundsätzen der Sozialpolitik nicht in Einklang zu bringen seien. Die Aera der Sozialpolitik ist eben verlassen, wir sind zu dem System Puttkamer zurückgekehrt. Wir müssen das bedauern, können es andererseits aber nur mit Freude begrüßen. Denn auch dem Blödesten muß nun der Charakter unseres Klassenstaates klar werden. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Handelsminister v. Berlepsch bestreitet die Behauptung Fischers, daß im Saarevier aus fiskalischem Interesse Hunderte von Arbeitern ruinirt worden sind. Die Ausständigen von damals wären der sozialdemokratischen Verführung erlegen. (Lachen links.) Das sei zum Theil festgestellt. Die Arbeiter seien gewohnt, ihren Agitatoren unbedingt Folge zu leisten. Dem gegenüber mußte die Regierung ihre Maßnahmen treffen. Sie kann es nicht dulden, daß Alles, was sie für ihre Arbeiter thut, von sozialdemokratischen Agitatoren vergiftet wird. So ist es gekommen, daß manche Institutionen verzögert worden sind Die Regierung hat sich nicht in den Dienst der Arbeitgeber gestellt, sie mußte, bevor sie eine Arbeitervertretung schuf, in die Erwägung eintreten, daß eine solche nicht etwa dazu beitragen möchte, den Einfluß der Sozialdemokratie zu stärken.

v. Karborff (RP.): Nach dieser Erklärung des preußischen Handelsministers bin ich ziemlich darüber beruhigt, daß wir in Bälde mit Einrichtungen im Sinne des Interpellanten beglückt werden möchten. Meines Erachtens kann sich die Regierung den Dank aller Wohlgesinnten nur erwerben, indem sie auf die Anregungen der Interpellation nicht eingeht. Wir würden hierdurch einfach eine Organisation der Sozialdemokratie schaffen, wodurch sie schnell die Herrschaft gewinnt. Ein Bedürfniß zu solchen Organisationen liegt nicht vor, dagegen die Gefahr, daß dadurch die Streiks nur immer gewaltiger und vernichtender werden. Herr Möller hat ganz Recht, wir können auf dem Wege der Sozialpolitik nicht eher weiter gehen, als bis eine internationale Regelung erfolgt ist. Unsere Industrie bleibt sonst nicht konkurrenzfähig. Schon heute kann unsere schlesische Kohle mit der englischen den Wettbewerb nicht aushalten, weil auf unserer Industrie die großen sozialpolitischen Lasten liegen, die andere Länder nicht kennen. Ich würde zu den sozialpolitischen Gesetzen auch niemals meine Zustimmung gegeben haben, hätte ich voraussetzen können, daß das Sozialistengesetz in Wegfall kommen würde. Dieses mußte als Gegengewicht bestehen bleiben. Die sozialdemokratische Partei ist schon so stark organisirt, daß wir es unbedingt vermeiden müssen, die Organisation noch zu stärken. (Beifall rechts.)

Darauf wird die Weiterberathung auf Donnerstag 1 Uhr vertagt.

Schluß 5¼ Uhr.

Die Kommission zur Berathung der Umsturzvorlage

trat gestern Vormittag um 10 Uhr unter Vorsitz des Abg. Bötticher (NL.) zu einer weiteren Sitzung zusammen. Zur Verhandlung steht der § 112 der Umsturzvorlage. (Verleitung der Soldaten). Vor Eintritt in die Tagesordnung theilt der Vorsitzende mit, daß Generallieutenant von Spitz eine geheim zu haltende Erklärung zu Protokoll gegeben habe. Mehrfach geäußerten Wünschen entsprechend, soll sie den Mitgliedern gedruckt zugestellt werden. Lenzmann (FVp.) erstattet Bericht über die zur Vorlage eingegangenen Petitionen. Ein großer Theil der Petitionen wendet sich gegen jede Umsturzgesetzgebung, ein anderer Theil fordert Revision des Preß- und Strafrechts, sowie Bestrafung des Boykotts, andere, so der Bund der Landwirthe, verlangen, daß Vergehen gegen die Religion 2c. mit Gefängnißstrafen bei Wasser und Brod geahndet werden. Die Kommission erachtet alle Petitionen durch die gefaßten und noch zu fassenden Beschlüsse für erledigt. Man tritt nun in die eigentliche Tagesordnung ein.

Frohme (S.) kritisirt die Aeußerung des Generallieutenants von Spitz, betreffend die gesetzmäßigen Bestrebungen der Arbeiter zur Hebung ihrer Lage. Wer diese Bestrebungen als berechtigt anerkenne, der müsse auch die denselben vom Gesetz gebotenen Mittel als zulässig erachten; zu diesen Mitteln gehöre in erster Linie die Arbeiterkoalation und der Streik. So lange das Koalationsrecht der Arbeiter bestehe, haben die öffentlichen Gewalten, auch die Militärbehörden, gegen dessen Ausübung Stellung genommen. Man habe an Stelle streikender Arbeiter, die ihre Lage verbessern wollten, Soldaten eingestellt und auf diese Weise den Arbeitern einen Erfolg unmöglich gemacht. Militärbehörden haben ferner solche Unternehmer, die kontraktlich zu Leistungen verpflichtet waren, von diesen Verpflichtungen zeitweilig entbunden, um sie in den Stand zu setzen, die streikenden Arbeiter niederzuwerfen. In offiziellster Weise sei oft die Arbeiterkoalation und der Streik als „gemeingefährlich" und „dem Umsturz dienend", bezeichnet worden. Redner erinnert an das bekannte Wort Puttkamers: „Hinter jedem Streik lauert die Hydra der Revolution." Die Polizei und Justiz sei dieser Auffassung gefolgt, es gebe zahlreiche gerichtliche Urtheile, in denen geradezu ausgesprochen werde, daß die gewerkschaftlichen Arbeiterorganisationen nur als Mittel der Sozialdemokratie dienten, den Umsturz vorzubereiten. Es gebe viele Soldaten, die sich für moralich verpflichtet halten, auch während ihrer Militärdienstzeit die Arbeiterorganisationen zu unterstützen, insbesondere, wenn es sich um Streiks handle, ebenso gebe es viele Arbeiter, die gelegentlich ihre Freunde in der Armee zur Erfüllung dieser Pflicht auffordern. Erhalte § 112 Gesetzeskraft, so würde eine solche Aufforderung unfehlbar als strafbar gelten. Redner fordert den Generallieutenant von Spitz auf, zu erklären, wie sich die Armeeleitung dazu stelle. Generallieutenant von Spitz erwidert, die berechtigten Bestrebungen seien so sehr mit den unberechtigten verbunden, daß es unmöglich sei, sie generell auseinanderzuhalten. Da müsse von Fall zu Fall entschieden werden.

Geh. Rath Seidenspinner wendet sich gegen eine Erklärung im heutigen „Vorwärts", betr. die Aufforderung zur Verbreitung der Broschüre: „O welche Lust, Soldat zu sein," durch den Sozialdemokraten Görges. Redner hält seine früheren diesbezüglichen Angaben aufrecht.

Abg. Frhr. v. Hammerstein (K.) verlangt von Bebel eine bündige Erklärung darüber, ob die Sozialdemokratie entschlossen sei, gewaltsam umzustürzen und ob sie danach trachte, zu diesem Zwecke das Herr zu verführen. In den Industriebezirken stelle die Sozialdemokratie einen Seuchenheerd dar. Es handle sich darum, wenigstens die Bevölkerung des platten Landes und der kleinen Städte vor dieser Seuche zu schützen durch gründliche wirthschaftliche Reformen. Uebrigens müsse der Gewalt, welche die Sozialdemokratie wolle, Gewalt entgegengesetzt werden. Ohne § 112 sei die Vorlage für ihn und seine politischen Freunde unannehmber.

Spahn (Z.): Meine Besorgnisse gegen § 112 seien durch die Ausführungen, welche Herr von Spitz in voriger Sitzung gemacht, geweckt worden. Es sei in § 112 Rede von der „Staatsordnung"; aber was darunter zu verstehen sei, darüber fehle jede Definition; unmöglich sei es, dem Richter die Definition in jedem einzelnen Falle zu überlassen. Der Begriff müsse im Gesetz festgestellt werden. Redner kündigt einen Abänderungsantrag an, der die Begriffe besser präzisiren und die Absicht des Hochverraths festgestellt wissen will, ehe eine Bestrafung erfolgen kann.

Bebel verwahrt sich gegen die vom Generalauditeur Ittenbach in voriger Sitzung gemachte Behauptung: „er glaube wohl selbst nicht, was er gesagt habe." Er müsse sehr entschieden protestiren, daß eine so beleidigende Unterstellung einem Kommissionsmitgliede gemacht werden könne. Was die erwähnte Broschüre „O welche Lust, Soldat zu sein" anlange, so enthalte sie eine Zusammenstellung gröblicher Ausschreitungen von Unteroffizieren und Offizieren gegen Untergebene. Strafbares enthalte die Broschüre nicht, und es sei vernünftiger Weise nicht einzusehen, weshalb ihre Verbreitung verhindert werden solle. Wie komme man denn dazu, die Angehörigen der Armee zu Staatsbürgern zweiter Klasse degradiren zu wollen. Auch der Staatsbürger im Waffenrock müsse das Recht und die Freiheit haben, zu lesen, was ihm beliebe, sich seine politische Aufklärung zu holen wo es ihm gut dünke. Bebel ergänzt die Ausführungen Frohmes noch dahin, daß die Militärbehörden Unternehmern bei Ueberlassung von Arbeiten Verträge vorlegen, in denen diese sich verpflichten müssen, keine sozialdemokratischen Arbeiter zu beschäftigen. Die Frage des Abg. von Hammerstein sei im höchsten Maße verwunderlich. Die Sozialdemokratie habe unzählige Male, besonders auch im Reichstage, erklärt, daß sie keine Gewalt wolle; aber gerade die „Ordnungspolitiker" von der Richtung Hammerstein und Stumm sähen es gern, wenn die Sozialdemokratie thöricht genug wäre, zur Gewalt zu greifen. Kürzlich sei in einer Gesellschaft vornehmer Leute aus dem Munde eines Offiziers der Ausspruch gefallen: „Wenn die Kerle nur losschlagen möchten, da würden wir waten im Blute." Die Entwickelung hänge nicht von der Sozialdemokratie ab; diese sei vielmehr das Produkt der Entwicklung. Die Konservativen gäben die Unhaltbarkeit der bestehenden Zustände ja selbst zu und behaupten, daß es speziell ihre Aufgabe sei, den Mittelstand vor dem Verderben zu retten. Es sei doch wahrhaftig nicht die Sozialdemokratie, die an der Zersetzung und dem Zusammenbruch arbeite. Die herrschenden Kreise seien völlig unfähig, das auszuführen, was sie selbst als nothwendig zur Erhaltung der Gesellschaft erachten. Die Idee der Sozialdemokratie mache übrigens in allen Kreisen reißende Fortschritte. Das sei die selbstverständliche Folge der Entwicklung unserer Zustände.

Generalauditeur Ittenbach tritt für die Fassung des § 112 der Regierungsvorlage ein gegenüber dem angekündigten Antrag des Zentrums.

Minister von Köller ist durch Bebel's Rede erst recht überzeugt worden, daß die Vorlage unter allen Umständen nothwendig ist. Diejenigen, „die nach uns kommen" könnten mit weniger Ueberlegung handeln wie wir. Die Behauptung Bebel's, die herrschenden Klassen selbst seien es, die den Umsturz befördern, sei hinfällig.

Generallieutenant von Spitz glaubt ausdrücklich, konstatiren zu müssen, daß die internationale Sozialdemokratie keine Königstreue und Vaterlandsliebe kenne.

Abg. Enneccerus (NL.) versichert, er habe während Bebel's Ausführungen wie auf Kohlen gesessen. Die Definirung des Begriffes „Staatsordnung" müsse man der Wissenschaft überlassen. Unbedingt müsse das Gesetz so eingerichtet werden, daß der praktische Richter damit zu arbeiten vermöge.

Abg. Lenzmann (freis. Vp.): Man stehe allerdings vor der dringenden Gefahr einer Revolution und werde in verhältnißmäßig kurzer Zeit mit einer solchen zu rechnen haben, Es müsse auf Mittel gesonnen werden, dieselbe zu verhüten oder möglichst lange hinauszuschieben. Dazu diene § 112 der Regierungsvorlage nicht. Es sei nothwendig, die Verhältnisse vom Standpunkte der allgemeinen Menschlichkeit zu ändern und dem Umsturz erfolgreich zu begegnen. Die Herren auf der Rechten hätten kein Recht, sich als die Vorsehung der Arbeiter aufzuspielen. Die Sozialdemokratie aber möge es sich angelegen sein lassen, die Arbeiter sittlich zu heben. Es sei durch die Erklärung der Regierungsvertreter festgestellt, daß § 112 sich einzig und allein gegen die Sozialdemokratie zuspitze Umsturz und Sozialdemokratie werden als identische Begriffe angesehen. Das Zentrum scheine mit seinem angekündigten Antrage lediglich sich selbst schützen zu wollen, unbekümmert darum, was gegen die Sozialdemokratie geschehe. Wenn die Sozialdemokratie zu Unrecht leide, so habe die Gesetzgebung die Pflicht, sie zu schützen. Wenn die Regierung ehrlich sein wollte, müsse sie das Wort „Sozialdemokratie" in das Gesetz hineinbringen. Handle es sich nur um die Aufrechterhaltung der Disziplin in der Armee, so möge man dieser Absicht klaren, unzweideutigen Ausdruck im Gesetz geben, nicht aber mit dem undefinirbaren Ausdruck „Umsturz" und „Staatsordnung" kommen. Uebrigens genüge dafür ein General-Verbot für die Armee, betr. die Verbreitung von Druckschriften.

Minister von Köller giebt in längeren Ausführungen die Erklärung ab, daß man dem Vorschlage Lenzmann's, das Wort „Sozialdemokratie" in das Gesetz aufzunehmen, wohl näher treten könne. Lenzmann habe ihm damit ganz aus der Seele gesprochen.

Abg. Boltz (NL) erklärt, § 112 sei der wichtigste der ganzen Vorlage. Ohne denselben, wenn auch in entsprechend anderer Fassung, sei für ihn und seine politischen Freunde die ganze Vorlage unannehmbar.

Hierauf wird die Weiterberathung auf Freitag Vormittag um 10 Uhr vertagt.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Gegen den Antrag Kanitz wird der weimarische Bevollmächtigte zum Bundesrath stimmen, wenn dieser vom Reichstage angenommen werden sollte.

Die Bekämpfung des „Umsturzes" ist kein leichtes Werk, schreibt man der „Frankf. Ztg." aus Berlin, und zunächst erweist sich die Berathung der sog. „Umsturz"-vorlage als eine recht schwierige Aufgabe. Die Kommission ist in einem halben Dutzend drei- und vierstündiger Sitzungen glücklich über zwei Paragraphen hinausgekommen, die man noch dazu für die leichtesten hielt. Beide sind angenommen worden, aber bei beiden haben die Vertreter großer Parteien erklärt, daß die Abstimmung nur eine provisorische und eventuelle ist. Es läßt sich also selbst über das Schicksal dieser beiden Paragraphen in der zweiten Lesung der Kommission noch nichts voraussagen. Die Bestimmung, daß auch eine Glorifizirung des Duells unter die Strafen des § 111a fallen soll, ist von der Linken und vom Zentrum durchgesetzt worden. Dieselben Parteien werden dieses Amendement auch in der zweiten Lesung durchsetzen, dann ist aber der ganze Paragraph gefährdet, denn die Konservativen und Nationalliberalen, die ihn zusammen mit dem Zentrum annahmen, haben bereits erklärt, daß er in zweiter Lesung für sie unannehmbar ist, wenn nicht die Bestimmung über

das Duell herauskommt. Ebenso will der Abgeordnete von Liebermann gegen den ganzen Paragraphen stimmen, wenn ihm Angriffe auf den Talmud dadurch verschränkt werden. Das sind nicht zu unterschätzende Schwierigkeiten, denn sie beruhen darauf, daß die eifrigen Bekämpfer des Umsturzes sich nicht darüber einigen können, was Umsturz ist, und in Gefahr gerathen, Strafbestimmungen zu beschließen, die sich gegen sie selbst kehren könnten. Das wird bei den weiteren Berathungen sich noch öfter wiederholen und trotz des guten Willens des Zentrums vermag noch Niemand abzusehen, wann und wie zunächst die Kommissions-Berathungen enden werden. Darüber wird jedenfalls der Frühling herankommen.

Der jetzige Umsturz bestehender Gesetze geht der „Leipziger Zeitung" noch nicht weit genug. Das amtliche Blatt will das Eisen schmieden, so lange es warm ist und fordert die Beseitigung des allgemeinen gleichen Wahlrechts, das es eine widersinnige Einrichtung und ein blindes Gesetz nennt. — Bei aller Sucht zur Vernichtung des bestehenden Rechtes ist das Blatt natürlich gut konservativ.

Auch ein Beitrag zur „Umsturz"-Vorlage! In Stettin ist eine merkwürdige Spezialität von „umstürzlerischen Ideen" an's Tageslicht getreten. Es sollte sich daselbst ein Radfahrer Namens Weißhuber verschiedener Verstöße gegen die Fahrordnung schuldig gemacht haben. Er erhielt zwei Strafmandate, die jedoch auf erhobene Beschwerde vom Polizei-Präsidenten zurückgenommen wurden. Doch sollte der Radfahrer, ein Kaufmann, sich in seinen Eingaben einer Beleidigung von Polizeibeamten schuldig gemacht haben. Die Sache kam vor das Schöffengericht und dieses sprach Herrn Weißhuber am 8. Dezember v. J. frei. Der Amtsanwalt Goetzke hatte eine Strafe von 20 Mark beantragt. Er reichte unter dem 29. Dezember v. J. eine Berufungsschrift ein, in der es heißt: „So will der Angeklagte das ganze von der Stettiner Schutzmannschaft angewandte Polizeisystem niederreißen, wie auch sonst der Angeklagte nach Maßgabe seiner beiden Vorstrafen **umstürzlerische Ideen** verfolgt." Welcher Art diese „umstürzlerischen Ideen" waren, das verräth die „Stettiner Abendzeitung". Darnach erfolgte die eine Vorstrafe wegen Beleidigung, begangen in jugendlichem Alter und in einer durch etwas reichlichen Genuß geistiger Getränke stark beeinflußten Stimmung. Die zweite Vorstrafe zog sich Weißhuber unter dem Sozilistengesetz zu, weil er, im Besitze eines harmlosen Teschinggewehres, mit dem er nach Spatzen schoß, wegen verbotenen Waffentragens belangt wurde. Und darum wird er in einem amtlichen Schriftstück „umstürzlerischer Ideen" angeklagt. Uff!

Das Zentrum und die Umsturzvorlage. Der Umfall des Zentrums wird natürlich von den Hauptorganen dieser Partei zu beschönigen versucht. Mit echt jesuitischen Winkelzügen geht man dem heißen Brei aus dem Wege. Auch die „Kölner Volksztg.", das rheinische Hauptorgan der Ultramontanen, versucht den stinkig gewordenen Pelz der Partei rein zu waschen. Sie meint u. A.: „Ueber die Unannehmbarkeit der Regierungsvorlage war und ist innerhalb der Zentrumspartei alles einig. Kein Organ der Zentrumspartei hat dieselbe für annehmbar erklärt, und ebenso wenig haben die Wortführer des Zentrums im Reichstage dieses gethan. Es handelt sich aber im gegenwärtigen Stadium gar nicht mehr um Annahme oder Ablehnung der Regierungs-Vorlage, sondern lediglich darum, ob in der Kommission die Vorlage eine solche Gestalt bekomme, daß die Zentrums-Fraktion zustimmen kann. Wir bezweifeln das im höchsten Grade, ja halten es für nahezu ausgeschlossen, weil die grundsätzlichen Anschauungen derjenigen Parteien, welche eine Umsturz-Vorlage möglichst im Sinne der verbündeten Regierungen wollen, von denen des Zentrums so weit abweichen. Das Zentrum ist, wie sich das von selbst versteht, an die Verbesserung der Vorlage von seinem Standpunkte aus herangegangen; dringt es durch, so entfällt natürlich für die Fraktion jeder Grund, nicht zuzustimmen; dringt es nicht durch, so wird die Fraktion schließlich resolut Nein sagen." Viel Geschrei und wenig Wolle! Aus diesen Windungen ist herzlich wenig zu ersehen, was das Zentrum eigentlich will. Der Schacher scheint demnach noch nicht ganz fertig zu sein. — Das ultramontane „Mainzer Journal" dagegen veröffentlicht einen Artikel, der die Zentrumsfraktion heftig angreift und fordert, daß die Zentrumsabgeordneten gegen die Umsturzvorlage stimmen sollen, da sie sonst das Vertrauen der Wähler verlieren würden. — Ob es der Zentrumspresse und den Wählern gelingen wird, den „staatsmännischen" Schachereifer der Fraktion zu dämpfen? Wir zweifeln.

Ueber die Novelle zum Branntweinsteuergesetz machen die offiziösen „Berl. Pol. Nachr." folgende Mittheilungen: „Die geplante Aenderung berührt die Grundlage der bestehenden Gesetzgebung nicht, sie bezweckt nur, den Grundgedanken derselben, daß die Brennerei als einer der wichtigsten Nebenzweige der Landwirthschaft, namentlich auf den ärmeren Böden von der größten Bedeutung für unsere Volkswirthschaft und ihre Erhaltung eine Nothwendigkeit ist, zu wirksamem Ausdruck zu bringen, und zugleich dem Preisdrucke, welcher zur Zeit auf dem Spiritus lastet, soweit dies auf dem Wege der Gesetzgebung möglich ist, abzuhelfen. In ersterer Beziehung erhellt, daß sowohl an der Materialsteuer wie an dem Grundsatze der Kontingentirung nicht zu rütteln ist, man sich vielmehr auf die Festsetzung eines Höchstbetrages des Kontingents und auf einige andere Erleichterungen für die mittleren und kleineren landwirthschaftlichen Brennereien zu beschränken haben wird, wie sie ähnlich bereits in dem Entwurf einer Novelle, vom 24. Dezember 1890, vorgesehen waren. Nach der zweiten Richtung kommt in Betracht, daß die Ursache des seit längerer Zeit vorhandenen Preisdruckes hauptsächlich in den großen unverkäuflichen Beständen, namentlich auf den Berliner Lagern zu suchen ist. Versuche, im Wege der Selbsthülfe diese preisdrückenden Vorräthe abzustoßen, sind mißlungen, theils wegen der großen Zahl der Interessenten, vornehmlich aber, weil bei der heutigen Lage der Landwirthschaft die hierzu erforderlichen Geldopfer nicht aufgebracht werden konnten. Bei der ungünstigen Lage der Finanzen ist es nicht angängig, für den bezeichneten Zweck finanzielle Aufwendungen zu machen, vielmehr werden die zunächst Betheiligten selbst nach Maßgabe ihrer Leistungsfähigkeit dazu heranzuziehen sein. Die Mittel zur Gewährung der Ausfuhrprämien in Höhe von etwa drei Millionen Mark, welche zur Abstoßung der im Inlande unverkäuflichen Spiritusbestände in's Ausland erforderlich sind, sollen daher durch eine Brennereisteuer aufgebracht werden, welche nach der Größe der Betriebe in der Weise abgestuft werden soll, daß die größten Betriebe auch im Verhältniß zu ihrer Produktion erheblich höher belastet werden als die mittleren und kleinen. Sie werden durch diese Besteuerung sich um so weniger bedrückt fühlen können, als es sich um eine Maßregel handelt, von der auch sie einen ihrer Produktion entsprechenden guten Vortheil haben."

Die Verpflegung der Soldaten soll verbessert werden! Diese Wundermär dringt jetzt aus den Kreisen der Leitung unseres „herrlichen Kriegsheeres" in das gemeine Volk herunter. Die Heeresverwaltung soll beabsichtigen, die Truppenverpflegung aufzubessern und hierfür im nächsten Etat die Mittel zu fordern. Die Behauptung, daß die dem Soldaten zugemessene Löhnung zu knapp sei und er des Zuschusses von Hause bedürfe, wenn er sich den an seine Leistungen gestellten Anforderungen gemäß verpflegen wolle, hat man nicht widerlegen können. Vielmehr wird jetzt zugegeben, daß die gegenwärtige Verpflegung unserer Soldaten unzureichend ist. Je mehr der Kräfteverbrauch infolge der größeren körperlichen Anstrengungen steigt, desto kräftiger und reichlicher muß auch die dem Körper zuzuführende Ernährung sein, und nach dieser Richtung hin beabsichtigt die Militärverwaltung eine Aufbesserung der Sätze für die Garnisonverpflegung, die erst beim Ausrücken der Truppen aus dem Standorte eine Erhöhung erfährt. Jetzt soll in der Garnison die Fleischportion um 30 Gramm, die Gemüseportion auf die Sätze des Gemüsetheils der Manöververpflegung unter gleichzeitiger Fettzugabe von 40 Gramm und die Manöverkost durch eine Fettzugabe von 60 Gramm erhöht werden. Also jetzt endlich ist man dahinter gekommen, daß die Beköstigung die Soldaten bisher durchaus unzureichend war, während noch vor einigen Jahren das Soldatenleben als „Ferienkolonie" bezeichnet wurde. — Freilich ist die hier verfolgte Politik ja keineswegs unverständlich. Erst die Gelder für die neuen Kanonen, die neuen Gewehre, die neuen Kriegsschiffe, die Gelder für die Vergrößerung der Armee überhaupt. Die Kanonen, die Kriegsschiffe 2c. sind die Hauptsache, das Menschenmaterial ist die Nebensache. Haben wir erst die Geldmittel für alles übrige, denkt die Heeresverwaltung, dann muß der Reichstag auch — schon aus Menschlichkeit — die Mittel für eine weniger miserable Verpflegung der Truppen bewilligen. Und in dieser Voraussetzung wird die Heeresverwaltung am allerwenigsten fehlgehen. Wer einmal A gesagt hat, der muß auch B sagen. Hat der Reichstag die Vergrößerung des Heeres bewilligt, dann müssen auch die Mittel für die Beköstigung der neuen Truppentheile bewilligt werden; und werden an die Leistungsfähigkeit der Soldaten immer höhere Anforderungen gestellt, dann muß auch die so wie so schon ungenügende Beköstigung verbessert werden. So folgt eins aus dem andern. Und das Volk bezahlt die Zeche. — Das sind die Konsequenzen des heutigen Militarismus.

Oesterreich-Ungarn.

Wien. Sowie irgendwo in der weiten Welt ein Lump eine Verleumdung gegen die Sozialdemokratie ausheckt, finden sich flugs überall ähnliche Ehrenmänner, um sie zu verbreiten, und wäre die Lüge schon längst widerlegt worden. Hans Blum neueste Lüge, wurde im böhmischen Landtag von Dr. Rieger, dem alttschechischen Führer, der außer ein paar Honoratioren und Hofräthen niemanden mehr hinter sich hat, wiedergekäut. Als Argument gegen das allgemeine Wahlrecht führte er an, daß die Arbeiter, die tschechischen wie die deutschen, international gesinnt seien, und „weist auf ein Beispiel hin, wie deutsche Arbeiter von Boulanger Geld genommen haben, um hinter der Armee eine Bewegung zu organisieren, und ein solches Ereigniß könnte auch bei uns möglich werden." Man sieht, der Schüler Rieger übertrifft bereits seinen Lehrer Blum, er spricht bereits nicht mehr von „Beziehungen", sondern nach ihm haben die deutschen Arbeiter bereits Geld von Boulanger genommen. Der Mann hatte bereits kein anderes Argument gegen das allgemeine Wahlrecht und so ist er auf den — Hans Blum gekommen.

Lübeck und Umgegend.

7. Februar.

Zur Berichtigung des am 1. Februar d. J. vom Volksboten unter dem Titel „Ein humaner Frauenarzt" gebrachten Berichtes schreibt uns Herr Dr. Ludwig Feldmann, Kohlmarkt 1: „Die von mir am 29. Januar entlassene Haushälterin Marie Vollrath war derzeit nicht krank, hat aber vom 28. bis 29. Januar eine lähmungsartige Schwäche ihrer Beine simulirt, weil sie zur besseren Reinigung der Wohnung von mir angehalten wurde. Es gelang ihr durch diese Simulation, welcher sie am 29. durch Umherrutschen und Wimmern auf der Etagentreppe in unvollständiger Kleidung Nachdruck verlieh, mich zu ihrer Entlassung zu nöthigen. Eine Stunde später ging sie, ihren Lohn in der Tasche, aufrecht und fest, in Haltung und Kleidung einer Dame von dannen, kehrte auch persönlich noch einmal mit Arbeitsleuten zurück, ihre Koffer zu holen, und dieses offenbar ohne Mühe und Anstrengung, zum Erstaunen mehrerer Zeugen ihres Gebahrens, — und ohne vor diesen zu erröthen! Schließlich bemerke ich noch, daß ich ihr das Betreten der Treppe in unvollkommener Kleidung untersagt hatte. — Hierzu möchten wir bemerken, daß wir auf das eingehendste den Fall, nach dem er uns bekannt geworden war, untersucht haben. Der erste Einsender schilderte uns den Vorfall, wie wir ihn seiner Zeit darstellten und weitere genaue Erkundigungen bei der Haushälterin selbst bestätigten uns die Thatsachen, die ja auch von Herrn Dr. Feldmann in beschränktem Maße zugegeben werden. Es ist wohl möglich, daß Herr Dr. Feldmann „Simulation" (Verstellung) annehmen konnte; die Haushälterin dagegen behauptete uns gegenüber, daß sie thatsächlich krank gewesen ist. — Bei diesem Vorfalle möchten wir zugleich nochmals bemerken, daß man uns über alle Vorfälle wahrheitsgetreu Bericht erstattet. Es dient nur zum Nutz und Frommen der Zeitung selbst.

Personalien. Am 30. v. M. hat der Senat die Schutzleute F. E. L. Stier und J. Gründel zu Revisionsaufsehern bei dem Hauptzollamte zu Lübeck ernannt.

Aufhebung einer Zwangsversteigerung. Die auf Sonnabend den 9. Februar d. Js., Mittags 12 Uhr, angesetzte Zwangsversteigerung des H. C. W. Wiedow gehörenden Grundstücks, Engelsgrube 34, findet nicht statt.

Eintragung in das Handelsregister. Am 4. Februar 1895 ist eingetragen: auf Blatt 1004 bei der Firma G. Lehmann: Die Prokura des Heinrich Georg Conrad Fuhrker ist erloschen.

Das nennt man Pech. Einer Familie, so berichtet man der „E.-Z.", wurde Dienstag, als sie von hier abreiste, von Bekannten bis zum Bahnhofe das letzte Geleite gegeben. Zwei Damen stiegen noch mit in den Waggon, um sich hier noch einmal von den Abreisenden zu verabschieden. Die Trennung muß recht schwer gewesen sein. Jedenfalls wartete der Zugführer nicht so lange, bis sie beendet war. Der Zug setzte sich in Bewegung und fort dampfte er in der Richtung nach Lüneburg. In Ratzeburg stiegen die beiden Damen, die Reisende wider Willen geworden waren, wieder aus, um mit dem nächsten Zuge nach Lübeck zurückzukehren. Die Situation wurde für die Damen noch unangenehmer, da sie, wie es bei Damen bisweilen vorkommen soll, ihre Portemonnaies daheim gelassen hatten. Natürlich wurden verschiedene Protokolle über den Fall aufgenommen.

In Folge des Schneetreibens traten Dienstag Stockungen bei den Zügen ein. So blieb der Nachmittagszug (5,15) von Kleinen nach Lübeck bestimmt, hinter Schönberg stecken. Die Passagiere wurden nach Schönberg zurückgebracht. Den Abendzug von 8.30 ließ man von Lübeck erst gar nicht ab. Gestern Morgen wurde der Verkehr zwar wieder aufgenommen, doch bleiben unliebsame Störungen nicht aus.

Diebstähle. Einem Kaufmann in Fünfhausen wurde Dienstag Abend eine zweireihige, dunkelbraune Jagdweste, die zur Schau aushing, gestohlen. — Dem Mädchen eines Bleichers vor dem Hüxterthor wurden von einem Nebenmädchen aus der verschlossenen Kommode Strumpfwolle sowie ein Stück Kleiderstoff entwendet.

Schöffengericht. Sitzung vom 5. Februar. Wegen ruhestörenden Lärms, Hausfriedensbruches und Sachbeschädigung hatte sich der Maurer A. zu verantworten. A hat in der Sylvesternacht in der Wirthschaft von W. in der Beckergrube eine Scheibe eingeworfen. Er wurde, obwohl ihm die Strafthaten nachgewiesen wurden, freigesprochen, da aus den Zeugenaussagen hervorging, daß er in Folge seiner Trunkenheit seiner Sinne nicht mehr mächtig gewesen war. — In der Nacht vom 19. auf den 20. Januar machte sich der Müller E. der nächtlichen Ruhestörung schuldig. Außerdem beleidigte er die Ehefrau M., in deren Wohnung er eingedrungen war, sowohl thätlich wie auch wörtlich. Das Gericht hielt den Angeklagten nach den Zeugenaussagen der beiden strafbaren Handlungen für überführt und verurtheilt ihn wegen der Ruhestörung zu 3 Tagen Haft, wegen der Beleidigung zu sechs Wochen Gefängniß. — Wegen Uebertretung des Relugativs betreffend das Einwohnermeldewesens erhielt der Arbeiter W. einen auf 3 Mark ev. einen Tag Haft lautenden Strafbefehl. W. war der Aufforderung, seine zu seiner Anmeldung dem Meldeamt vorgelegten Papiere durch die Beibringung seines Geburtsscheines zu vervollständigen, nicht nachgekommen. Das Gericht bestätigte die im Strafbefehl festgesetzte Strafe. — Den Betrieb eines selbstständigen Gewerbes, Kohlenhandel, nicht angemeldet zu haben, wurde der Gastwirth Sch. aus Travemünde beschuldigt. Da das Kohlengeschäft, welches er betrieben, nicht ihm sondern seiner Frau gehörte, wurde der Angeklagte freigesprochen. — Einen auf 1 Mk. ev. einen Tag Haft lautenden Strafbefehl hat der Arbeiter J. erhalten, weil er mit einem Kasten, welchen er trug, den Verkehr in der Holstenstraße gehemmt haben soll. Er wurde vom Gericht freigesprochen, weil der Kasten, so wie er ihn getragen, nicht als ein den Verkehr hemmender Gegenstand angesehen wurde. — In der Sylvesternacht bildete sich vor einem Gasthause in Schlutup ein Menschenauflauf. Die Knechte B., F. und W., und die Gesellen K. und H. Kraman der Aufforderung des Schlutup stationirten Schutzmannes, sich zu entfernen, nicht nach. Aus der Verhandlung ging hervor, daß B., F., K. und H. der wiederholten Aufforderung des Schutzmannes nicht nachgekommen waren, bei W. konnte es nicht festgestellt werden. Die vier ersteren wurden in eine Geldstrafe von 6 Mark ev. 2 Tage Haft verurtheilt, der Letztere dagegen freigesprochen.

(Schluß folgt.)

ab. **Travemünde.** Einen Kampf mit den Elementen hatten am Dienstag die hiesigen Fischer Jarchau und Klatte zu bestehen. Dieselben waren des Morgens früh mit ihren Böten in See gefahren. Als sie zur Mittagszeit zurückkehren wollten, wurden sie in der Nähe des Bollwerks vom Eise dermaßen eingekeilt, daß sie weder vor- noch rückwärts kommen konnten; all' ihr Mühen war vergeblich — 3 Stunden lang, von 1—4 Uhr, bei eisigem Ostwind, strengten sie sich an, freizukommen, aber es wollte nicht gehen. Um 4 Uhr gelang es endlich den Lootsen, wenigstens Klatte an's Land zu befördern, indem man ihm ein Tau zuwarf. Jarchau dagegen wurde erst durch den Eisbrecher „Trave" aus seiner verhängnißvollen Lage befreit. — Warum haben die Dampfer die armen Leute, die doch in höchster Lebensgefahr schwebten, nicht gleich gerettet???

Kiel. Bei den Matrosen- und Werftdivisionen sind in diesen Tagen mindestens 1200 Mannschaften eingestellt.

Neukloster. Um grau gewordenen Ballhandschuhen die erforderliche Weise wieder zu verschaffen, bearbeitete ein junger Mann dieselben mit Benzin, beging aber die Unvorsichtigkeit, mit den auf den Händen befindlichen nassen Handschuhen, zwecks schnelleren Trocknens, der glühenden Ofenthür zu nahe zu kommen. Flugs hatten beide Handschuhe Feuer gefangen und da das Abziehen von den Händen nicht so schnell anging, sind dem jungen Mann beide Hände bis über die Handwurzel verbrannt.

Vermischtes.

Dampfer „Elbe". Der „Weser Ztg." zufolge vertheilen sich die nach Amerika bestimmten verunglückten Passagiere auf die Staatsangehörigkeit wie folgt: Deutschland 41, Oesterreich-Ungarn 81, Amerika 42, Rußland 8, Holland 3, England 2, Schweden 1, Honolulu 2. Darunter sind 17 Kinder unter 12 Jahren. Dazu kommen noch 15 Passagiere nach Sonthampton, deren Nationalität im Augenblick nicht anzugeben ist. Im Ganzen sind also 136 Mann der Besatzung und 4 Postbeamte, ferner 195 Passagiere verunglückt. Die Zahl der letzteren ist nach den genauen Ermittlungen um 20 größer als zuerst angegeben wurde, was von den in der Passagirliste nicht enthaltenen Kindern herrührt.

Erfurt. Vom Sohn denunzirt. Ein junges Scheusal stand in der Person des Müllerknappen Friedr. Schiek aus Arnstadt vor der hiesigen Strafkammer. Der Bursche sann einen täuflischen Plan aus, um sich an seiner Mutter zu rächen, mit der er in Unfrieden lebte. Er wanderte nach Ilmenau woselbst er Arbeit fand und bestellte von hier aus in Arnstadt einen vergifteten Kuchen, angeblich zu dem Zwecke der Mäusevergiftung, in Wahrheit aber, um seine eigene Mutter des versuchten Giftmordes bezichtigen zu können. Als nämlich der Kuchen eingetroffen war, machte der Bursche die Anzeige, daß er aus Arnstadt ein verdächtiges Gebäck erhalten habe, das vermuthlich vergiftet sei. Dasselbe rühre offenbar von seiner Mutter her, die ihm nach dem Leben trachte ꝛc. Der Kuchen wurde dann auch untersucht und als man wirklich Gift in demselben fand, die Anklage gegen die Mutter des Burschen erhoben. Indessen kam die Sache bald zu Tage, der junge Mann wurde verhaftet und gestand nun, daß die ganze Geschichte erlogen sei. Das Gericht erkannte wegen verläumderischer Beschuldigung auf 1 Jahr Gefängniß.

In sehr überraschender Weise hat sich die Affaire zwischen dem welfischen Baron Dannenberg und dem antisemitischen Bismarckanbeter Dr. Diedrich Hahn gelöst. Der Erstere hat nämlich in einer Zuschrift an die „Kreuz-Ztg." ziemlich uneingeschränkt seine Aeußerungen zurückgenommen, worauf auch Herr Hahn die „Infamie" zurücknahm. Schön war's nicht von dem Herrn Baron, zuerst sich auf's hohe Pferd zu setzen und den Herrn Doktor so grausam abfallen zu lassen, um dann zu guter letzt doch noch einen Zurückzieher zu machen. Auf diese Weise hat er dem Reklamehelden zu einen sehr billigen Triumph verholfen, worauf dem Hahn der Kamm wohl noch mehr schwellen wird.

Briefkasten.

A. H. Kommt alles noch. Gruß!

Lübecker Getreidepreise.

6. Februar.

Nach Qualität und holländischem Gewicht per 200 Pfund:

Weizen	11 Mk.	50 Pf	bis	12 Mk.	70 Pf.
Roggen	11 „	— „	„	11 „	50 „
Gerste	10 „	— „	„	11 „	— „
Hafer	10 „	50 „	„	11 „	50 „
Erbsen	11 „	50 „	„	12 „	— „
Gelbe Kocherbsen	16 „	— „	„	17 „	— „
Grüne „	16 „	— „	„	17 „	— „

Angekommene und abgegangene Schiffe in Travemünde.

Angekommen:

Mittwoch, den 6. Februar.

12 U. N. D. Halmstadt, Lundin, Kopenhagen, 17 St.

Abgegangen:

Mittwoch, den 6. Februar.

9,30 U. V. D. Jarl, Oberg, Smögen.

Wasserstand und Wind in Travemünde: 8 Uhr Vorm.: 6,40 m still, 16½° Kälte.

Schiffsbewegung in der Ostsee.

D. Elita ist am 6. Februar in Libau angekommen.
D. Dora ist am 6 Februar von Danzig nach Libau abgedampft.
D. Najaden ist gestern nachdem er vergeblich versucht hatte, die Hafen von Kopenhagen und Malmö zu erreichen retournirt.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber durchaus keine Verantwortung.

☞ Wir ersuchen unsere Leser, diejenigen Geschäfte, welche im „Lübecker Volksbote" inseriren, zu berücksichtigen und bei event. Einkäufen sich auf unser Blatt zu berufen.

Allen lieben Freunden und Bekannten, welche unserem guten Vater die letzte Ehre erwiesen haben und seinen Sarg so reich mit Kränzen schmückten, sagen unseren besten Dank.

Friedrich Grimm.
Christian Grimm.

Lübeck, den 6. Februar 1895.

Sein Feuerungs- u. Kartoffelgeschäft
☞ im Großen und im Kleinen ☜
empfiehlt zu den billigsten Preisen
C. Carlson, Gr. Kiesau 7.
Briquettes, 100 Stück 80 Pf.

Großer Ausverkauf
unter Einkaufspreis.
Unterröcke sowie jegliche Unterzeuge
zu halben Preisen.
Kleiderstoffe, Schürzenzeuge, Bettzeuge
enorm billig.
Kinder-Unterhosen von 20 Pfg. an.
☞ Eine große Parthie ☜
Fertige Anzüge.
Th. Faasch,
Schwartau.

Beste frische Butter, Pfd. 90 und 100 Pf.,
frische Eier, 9 Stück 60 Pf.,
geräucherte Landmettwurst, Pfd. 100 Pf.,
dicken fetten Speck, Pfd. 70 Pf.,
Griebenschmalz, sehr schön schmeckend, Pfd. 60 Pf.
geräucherte Schweinsköpfe, Pfd. 45 Pf.,
Corned-Beef, Pfd. 70 Pf.,
geräucherten Schinken, Pfd. 1,10 Mk.,
große Parthie **sehr gute Pflaumen,** Pfd. 10 Pf.
empfiehlt **J. F. D. Götke,**
Kupferschmiedestraße 7.

FF Margarine
von **A. L. Mohr,**
per Pfund 75 Pf., 2 Pfd. 1,40 Mk.
empfiehlt
T. Buhrmann
Inh.: Georg Kämpff.

Ia. franz. u. Magnum bonum-Kartoffeln
empfiehlt sack- und faßweise
A. Klinke, Reiferstraße 14.

Gute Meiereibutter
per Pfund **90** Pf.
Heinr. Franck, Wahmstraße 67.

Inventur- u. Reste-Ausverkauf
L. Duve, Gr. Burgstraße 32.
Ein großer Posten Reste zu **Kleidern** (modernster Art), der bis 16. d. M. geräumt sein soll, **weit unter Preis.**

Kinderkapotten von 15 Pf. an.
Damenwesten von 50 Pf. an.
Schürzen von 15 Pf. an.
Tischtücher von 70 Pf. an.
Damenkapotten von 30 Pf. an.
Trikottaillen von 1 Mk. an.
Hemdentuche von 15 Pf. per Meter an.
Normal-Unterzeuge von 60 Pf. an.

Im Verlage der Buchhandlung des „Vorwärts" ist erschienen und durch die Expedition des „Lübecker Volksbote" zu beziehen:

Der Leipziger Hochverraths-Prozeß
wider
Bebel, Liebknecht, Hepner.
Mit einer historischen Einleitung von W. Liebknecht.
Neue Ausgabe.
20 vierzehntägige Lieferungen à 20 Pfg.

Für jeden Parteigenossen, der die Geschichte der Partei kennen will, geradezu unentbehrlich. Alle Vorgänge in der Partei seit ihrer Gründung, ihre Beschlüsse und Aktionen, die Korrespondenz der Angeklagten und des Parteiausschusses mit Genossen und Politikern im In- und Ausland — alles liegt hier gesammelt vor. Das Buch ist daher für jeden politisch denkenden Staatsbürger ein reichliches und politisches Quellenwerk und ein Arsenal der gesammten sozialistischen und revolutionären Literatur bis in den Anfang der 70er Jahre.

J. Möllendorff's
Schuhwaaren-Fabrik
Holstenstrasse No. 9 **Holstenstrasse No. 9**
Grosses Lager
von
Damen-, Herren- u. Kinderstiefeln
Nur solide Waare zu billigsten Preisen.

Frische holst. Hofbutter, Pfd. 90 Pf.
Finnl. Meiereibutter, Pfd. 85 Pf.
Feinste Margarine, Pfd. 75 Pf.
Bestes weißes Schmalz, Pfd. 60 Pf.
empfiehlt **Ludwig Nölck,**
obere Hüxstraße Nr. 9.

Prima Bratenschmalz
(Flohmenschmalz) à Pfd. 60 Pf.
Prima Wurstschmalz, à Pfd. 40 Pf.
Eine Parthie geräucherte Mettwurst
à Pfd. 60 Pf., empfiehlt
Franz Deumler, Gr. Burgstr. 11.

Margarine
beste 1 Pfd. 75 Pf., 2 Pfd. 1,40 Mk., zweite Sorte Pfd. 65 Pf. empfiehlt **J. F. D. Götke.**

Beste Margarine
sonst 80 Pf. per Pfd., **jetzt 75 Pf. per Pfd.**
(bei Abnahme von mehreren Pfunden billiger.)
Heinr. Franck, Wahmstr. 67

Russ. Seife
1 Pfd. 24 Pfg., 2 Pfd. 45 Pfg.
H. Wiedow, Engelsgrube 34.

☞ Schönes ☜
Birkenbrennholz
wird fadenweise billigst abgegeben.
Roddenkoppel 42 am Viehhof. **G. Kuck.**

Sogleich eine **Wohnung** zu vermiethen. Preis 140 Mk. Johannisstraße 41.

Fett-Käse, Pfd. 45 Pfg.
H. Scharnweber, Mühlenstr. 89.

Für
Schwartau-Rensefeld
werden Abonnements und Inserate für den „Lübecker Volksbote" von jetzt an von Johannes Pless in Rensefeld entgegengenommen.
Bitte dieses beachten zu wollen.
Die Exped. des Lübecker Volksboten.

Mobilien-Auktion
am Freitag den 8. Februar 1895
Nachmittags 2½ Uhr,
Cronsforder Allee 40c II.
Johs. Fick, Auktionator.
Die Sachen sind von 1½ Uhr zu besehen.

Ein Abendmantel für 5 Mk. u. ein **Winterjacket** für 3 Mk. zu verkaufen. **Mühlenstraße 91/3.**

Zum 1. April eine **Wohnung,** 2 Zim., Küche mit Wasser und Ausguß und sämmtl. Zubehör. Preis 165 Mk. Pelzerstraße 30.

Zum 1. April eine kleine **Wohnung** an einz. Leute zu vermiethen. Preis 110 Mk.
Marlesgrube 43.

Zum 1. April zu verm. eine frdl. **Wohnung,** Miethe 150 Mk. Abgaben frei.
Wilhelmshöhe, Schwartauer Chaussee 24.

Zum 1. April eine Wohnung zu vermiethen.
Wilhelmshöhe, Josephinenstraße 22.

Club „Fortuna".
Kappenfest
am Sonntag den 10. Februar cr.,
im
Lokale des Herrn Stapelfeldt,
Tonhalle.
Anfang 5 Uhr. Entree **50** Pf. Ende 2 Uhr.
NB. Karten im Vorverkauf bei Herrn **Stapelfeldt.** **Der Vorstand.**

☞ **Ball** ☜
der freiwilligen Feuerwehr
von Stockelsdorf und Fackenburg
am Sonntag den 10. Februar
im Lokale des Herrn Pätau,
Fackenburg.
Einführung gestattet. Anfang **7** Uhr.
Hierzu ladet freundlichst ein
Das Comité.

Stadttheater in Lübeck.
Freitag den 8. Februar:
82. Abonnements-Vorstellung. 4. Serie: Blau.
(Freitag-Abonnement Nr. 14).
Anfang 7 Uhr. Opernpreise.
Der Zigeunerbaron.
Sonnabend den 9. Februar:
83. Abonnements-Vorstellung. 5. Serie: Gelb.
Anfang 7 Uhr. Schauspielpreise.
Wie die Alten sungen.

Verantwortlicher Redakteur: Otto Friedrich. Druck und Verlag: Friedr. Meyer & Co., beide in Lübeck

Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 33. Freitag, den 8. Februar 1895. 2. Jahrgang.

Ein Kapitel für die Arbeiterfrauen.

(Aus der Mannheimer „Volksstimme".)

Der „Mannheimer Fabrikantenverein", ein Verein vorwiegend nationalliberaler Tendenz, dem jedoch auch verschiedene Freisinnige und Demokraten angehören, ein Verein, der als hauptsächlichsten Zweck seines Bestehens ansieht, die Ausbeuterinteressen zu wahren, dem Fabrikinspektorat in der Ausübung seiner Berufspflicht Hindernisse in den Weg zu legen und über die Arbeiterschaft „schwaze L sten" zu führen, liebt es, von Zeit zu Zeit die Maske der Arbeiterfreundlichkeit vorzubinden und mit den Arbeitern, die immer noch dumm genug sind, an eine Harmonie zwischen Arbeit und Kapital zu glauben, Schabernack zu spielen.

Er fließt dann über von Wohlwollen und patriarchalischer Fürsorge für seine lieben Arbeiter, für die ihm das Beste gerade gut genug ist, und beginnt mit dem nationalliberalen Verein einen förmlichen Wettlauf um die soziale Besserstellung der Arbeiter — in kapitalistischem Sinne.

Erst an Weihnachten hat er die Mannheimer Arbeiterschaft wieder mit einem werthvollen Geschenke überrascht, mit einem Geschenke, das die sozialdemokratische Partei jeder deutschen Arbeiterfrau als Agitationsbroschüre gegen die kapitalistische Gesellschaftsordnung in die Hände legen sollte. Denn es würde mehr wirken für unsere Ziele als tausend Versammlungen, mehr als die eindringlichsten Worte unserer vorzüglichsten Kämpferinnen in der Frauenbewegung.

Dieses Geschenk ist ein Kochbuch — ein Kochbuch, in dem der Fabrikantenverein die Arbeiterfrau unterweist, wie sie für ihre Familie einen hinreichenden und billigen Mittagstisch herstellen muß.

Das Buch enthält 21 Speisezettel für Mittagsessen nebst den nöthigen Rezepten, die nach eigener Angabe des Vereins unter Benutzung der Angaben aufgestellt sind, „welche 18 ganz verschieden gelohnte Arbeiter der Mannheimer Maschinenfabrik von Mohr und Federhaff bereitwilligst gemacht haben". Die Preise der Lebensmittel sollen den Erfahrungen der Mannheimer Kochkurse des Jahres 1894 entsprechen. Das Essen ist für 6 Personen, nämlich für eine Familie, bestehend aus Mann, Frau und 4 unerwachsenen Kindern, resp. für 12 im selben Verhältniß zusammengestellte Personen berechnet.

Nach diesen Vorausschickungen lassen wir das Kochbuch selbst für sich reden. Selbstverständlich können wir nicht alle „Menus" abdrucken, sondern müssen uns mit den theuersten, einigen mittleren und den billigsten begnügen. Wir bitten die Arbeiterfrauen, sie genau, aber recht genau, zu prüfen. Hier die Speisezettel:

Grünkernmehlsuppe, Kalbsbraten, Kohlraben und Pfannkuchen.

	Mk.		Mk.
Kalbfleisch 3/4 Pfd.	—,55	Kalbfleisch 1,5 Pfd.	1,13
Grünkernmehl	—,10	Grünkernmehl	—,10
Kohlraben	—,10	Kohlraben	—,20
Eier, Mehl	—,20	Eier, Mehl	—,27
Milch	—,05	Milch	—,09
Schmalz	—,10	Schmalz	—,20
Salz, Zuthaten	—,06	Salz, Zuthaten	—,10
für 6 Personen	1,16	für 12 Personen	2.09

Geriebene Milchbrodsuppe, eingemachtes Kalbfleisch und Spätzle.

	Mk.		Mk.
Kalbfleisch 3/4 Pf.	—.57	Kalbfleisch 1,5 Pf.	1.13
Eier, Mehl	—.20	Eier, Mehl	—.43
Schmalz	—.10	Schmalz	—.15
Salz, Zuthaten	—. 3	Salz, Zuthaten	—. 5
Brödchen 2 St.	—. 4	Brödchen 4 St.	—. 8
für 6 Personen	—.94	für 12 Personen	1.84

Reissuppe, Rindfleisch und Petersilienkartoffeln.

Rindfleisch 3/4 Pf.	—.53	Rindfleisch 1,5 Pf.	1. 5
Reis 1/4 Pf.	—. 4	Reis 1/2 Pf.	—. 7
Kartoffeln 2 Pf.	—. 5	Kartoffeln 4 Pf.	—.10
Mehl 3 Löffel	—. 6	Mehl 6 Löffel	—.12
Butter 50 Gr.	—.11	Butter 50 Gr.	—.11
Salz, Zuthaten	—. 5	Salz, Zuthaten	—. 6
für 6 Personen	—.84	für 12 Personen	1.51

Hafergrützsuppe, Rindsrouladen und Kartoffeln.

Rindfleisch 3/4 Pf.	—.53	Rindfleisch 1,5 Pf.	1. 5
Hafergrütze 1/4 Pf.	—. 7	Hafergrütze 1/2 Pf.	—.14
Kartoffeln 1,5 Pf.	—. 3	Kartoffeln 3 Pf.	—. 6
Schmalz	—.10	Schmalz	—.12
Salz, Zuthaten	—. 6	Salz, Zuthaten	—.12
Brödchen	—. 2	Brödchen	—. 2
für 6 Personen	—.81	für 12 Personen	1.49

Hafergrützsuppe, gefüllte Hammelsbrust und weiße Bohnen.

Hammelsbrust 3/4 Pf.	—.45	Hammelsbrust 1,5 Pf.	—.90
Hafergrütze 1/4 Pf.	—. 7	Hafergrütze 1/2 Pf.	—.14
Bohnen 1/2 Pf.	—. 5	Bohnen 1 Pf.	—.10
Eier, Mehl	—. 8	Eier, Mehl	—.10
Schmalz	—. 6	Schmalz	—.10
Salz, Zuthaten	—. 4	Salz, Zuthaten	—. 6
Brödchen 2 St.	—. 4	Brödchen 4 St.	—. 8
für 6 Personen	—.75	für 12 Personen	1.32

Schwarbrodsuppe, deutsche Beefsteak und gelbe Rüben.

Zweierlei Fleisch 1/2 Pf.	—.35	Zweierlei Fleisch 1 Pf.	—.70
Gelbe Rüben	—. 6	Gelbe Rüben	—.12
Kartoffeln 1 Pf.	—. 3	Kartoffeln 2 Pf.	—. 5
Eier, Mehl	—. 9	Eier, Mehl	—.11
Schmalz	—.10	Schmalz	—.15
Salz, Zuthaten	—. 5	Salz, Zuthaten	—. 6
Brod, Brödchen	—. 7	Brod, Brödchen	—.13
für 6 Personen	—.75	für 12 Personen	1.32

Kerbelsuppe, Kabeljau und Salzkartoffeln.

Kabeljau 1 1/2 Pf.	—.38	Kabeljau 3 Pf.	—.75
Kerbel	—. 6	Kerbel	—. 6
Kartoffeln 2 P.	—. 5	Kartoffeln 4 Pf.	—.10
Mehl	—. 4	Mehl	—. 7
Butter, Schmalz	—. 8	Butter, Schmalz	—.10
Salz, Zuthate	—. 6	Salz, Zuthaten	—. 6
Brödchen 2 St.	—. 4	Brödchen	—. 4
für 6 Personen	—.71	für 12 Personen	1.18

Kartoffelsuppe, Griesklöße mit Dürrobst.

Kartoffeln 1,5 Pf.	—. 7	Kartoffeln 3 Pf.	—. 7
Gries 1/2 Pf.	—. 9	Gries 1 Pf.	—.18
Dürrobst 3/4 Pf.	—.14	Dürrobst 1 1/4 Pf.	—.24
Milch 1/2 Liter	—.10	Milch 1 Liter	—.20
Ei 1	—. 5	Ei 1	—. 5
Butter, Schmalz	—.10	Butter, Schmalz	—.10
Salz, Zuthaten	—. 3	Salz, Zuthaten	—. 6
Brödchen 2 St.	—. 4	Brödchen 4 St.	—. 8
für 6 Personen	—.58	für 12 Personen	—.98

Eingerührte Griessuppe, Leberklöße und Kartoffelsalat.

Leber 1/2 Pf.	—.25	Leber 1 Pf.	—.50
Kartoffeln 1.5	—. 3	Kartoffeln 3 Pf.	—. 6
Ei 1	—. 5	Ei 1	—. 5
Schmalz	—. 6	Schmalz	—.10
Salz, Zuthaten	—.10	Salz, Zuthaten	—.15
Brödchen	—. 4	Brödchen 4 St.	—. 8
für 6 Personen	—.58	für 12 Personen	1.03

Sagosuppe, Kartoffelklöße (oder Schupfnudeln) und Zwiebelsauce.

Sago 1/4 Pf.	—. 7	Sago 1/2 Pf.	—.14
Kartoffeln 2 Pf.	—. 4	Kartoffeln 4 Pf.	—. 8
Eier, Mehl	—.16	Eier, Mehl	—.26
Schmalz	—.10	Schmalz	—.10
Salz, Zuthaten	—. 6	Salz, Zuthaten	—. 8
Brödchen	—. 4	Brödchen	—. 4
für 6 Personen	—.47	für 12 Personen	—.72

Mehlsuppe und Reisauflauf.

Reis 1/2 Pf.	—. 7	Reis 1 Pf.	—.14
Mehl	—. 6	Mehl	—.10
Eier, Milch	—.19	Eier, Milch	—.28
Schmalz	—. 6	Schmalz	—.10
Salz, Zuthaten	—.44	Salz, Zuthaten	—.10
für 6 Personen	—.44	für 12 Personen	—.72

Brotsuppe, Spätzle und Salat.

Mehl 1/2 Pf.	—. 7	Mehl 1 Pf.	—.15
Salat	—. 6	Salat	—. 6
Ei 1	—. 5	Ei 1	—. 5
Schmalz	—. 5	Schmalz	—.10
Milch 1/4 Ltr.	—. 4	Milch 1/4 Ltr.	—. 4
Brödchen 1 St.	—. 2	Brödchen 2 St.	—. 4
für 6 Personen	—.29	für 12 Personen	—.44

Deutsche Arbeiterfrau, die Du vier Kinder im Alter von 12 bis vielleicht 3 Jahren hast, gehe hin und koche die Speisekarte der Reihe nach durch und dann berichte uns, ob Du, Dein Mann, ob Deine Kinder, ob ihr je einmal satt vom Tische aufgestanden seid — koche die Speisekarte durch und dann berichte uns, ob die Empfehlung solcher „ausreichender Nahrung" nicht ein Hohn der Besitzenden auf eine Arbeiterfamilie ist, deren Vater und Mutter schwer zu arbeiten haben, dann berichte uns, ob Deine Kinder nicht den ganzen Tag hindurch nach Brod schreien, weil sie trotz der vorzüglichen Mahlzeit noch Hunger haben!

Deutscher Arbeiter, der Du vielleicht im Jahre 900 Mk. verdienst und davon Wohnung, Kleider, Schuhe, Essen und Trinken für 6 Personen, Licht und Feuer, Staats- und Gemeindesteuern, Krankasse, Alters- und Invaliditätsversicherung usw. bezahlen mußt, besieh' die Speisezettel genau und überlege Dir dann, ob Deine Frau bei dem

Der Bülmazschnitter.

Eine Geschichte aus dem Egerlande.

Von Nicolaus Krauß.

(Nachdruck verboten.) (4. Fortsetzung.)

Die Alte war verstummt und spann wieder emsig die Fäden. Unter den Burschen und Mädchen erhob sich ein lebhaftes Gerede über das Vernommene. Alle, mit Ausnahme des Kahler, waren darüber einig, daß das die reine Wahrheit sei.

„Was muß doch daran sein, daß man den Hollerbauer einen Bülmazschnitter heißt," meinte ein Bursche. „Umsonst könnte man doch nicht reden."

„Aber freilich!" sagte die Bartltochter eifrig. „Mit rechten Dingen geht das auf keinen Fall zu. Wie er den Hof übernommen hat, waren ein Haufen Schulden darauf. Herausgeben hat er auch müssen — und jetzt soll er sogar baares Geld haben! Woher hat er denn das Alles, wenn man fragen darf?"

Alles schwieg.

Die Burschen sogen an ihren Pfeifen, man hörte nichts, wie das Schnurren der Spinnräder, und das Klopfen der Spindel von der alten Veitin, wenn sie von Zeit zu Zeit auf den Boden sprang.

„Dann ist er ja ein Bülmazschnitter!" sagte plötzlich das junge Mädchen, welches neben der alten saß, mit ganz freudigem Gesichte. Die Anderen lachten und ein Bursche meinte: „Herrgott Leni, bist Du aber gescheidt! Wie ist's denn? Hast schon einen Liebsten? Wenn'st noch frei wär'st . . ."

Die weiteren Worte gingen in einem Lachsturm unter. Der Leni aber, die vor Verlegenheit ganz roth geworden war wie ein Tuch, stand das Weinen näher als das Lachen.

Aus der Wanduhr, die ein bis auf den Boden reichendes, hölzernes Gehäuse vor Staub und Fliegen schützen sollte, drang ein Rasseln, ein Stöhnen und Schnurren.

Die Veitin nahm Rocken und Spindel, stellte sie in eine Ecke und sprach: „Leut'ln, elf Uhr ist's. Zeit ist's. Geht's nach Hauf'! . . ."

Die Mädchen rissen die Fäden ab, wickelten ihren Flachs auf und ergriffen ihre Rädchen. Und Alle, Burschen wie Mädchen, entfernten sich, paarweise, mit einem kurzen, freundlichen Gruße, wie sie gekommen waren.

4.

Der Krommatsbauer hatte nie Noth an Dienstboten gehabt. Die Kost war gut und reichlich, der Lohn bei ihm etwas höher als bei den meisten anderen Großbauern, die Behandlung ließ sich ertragen. Und wenn der Alte auch hier und da mit der Faust dreinzufahren liebte, so griff er dafür, sobald der Zorn verraucht war, in die Tasche und gab dem Geschlagenen Geld auf einige Maß Bier. Wollte einer das nicht riskiren, so ging er dem Zornigen einfach aus dem Wege. Die Krommatsbauern waren Alle jähzornig, aber garnicht boshaft.

Nun kam der Streit zwischen Vater und Sohn, wegen der Liebschaft des Letzteren. Der Alte wollte nicht nachgeben, weil er der Vater war und der Sohn, nun, der war gerade so hitz- und querköpfig wie sein Vater.

Die Streitereien nahmen gar kein Ende. Und all den Groll und Zorn, den der Alte wegen seines Sohnes hatte, ließ er nun an den Dienstboten aus. Es konnte ihm keiner mehr etwas recht machen. Es regnete Püffe und Hiebe, Zurechtweisungen und Anklagen, von welchen die meisten weder Grund noch Zweck hatten. Das machte böses Blut unter den Leuten, sie zeigten sich unanstellig, mürrisch und widerspenstig. Der Bauer bildete sich ein, die Dienstboten spekulirten schon auf den neuen Herrn, achteten den Ferdl mehr als ihn. Er käm aus dem Zorne gar nicht mehr heraus.

Nach Neujahr ging der Großknecht aus dem Dienste, trotzdem ihm der Bauer einen größeren Lohn geben wollte, wenn er nur bleibe. Aber der Knecht sagte es ihm geradeweg in's Gesicht, daß er in einem Hofe, in welchem der Teufel des Unfriedens und der Zwietacht herrschte, nicht eine Stunde länger dienen wollte. Noch einige Dienstboten schlossen sich dem Vorgehen des Großknechtes an. Der Bauer lachte. Er meinte, wenn er einige Gulden mehr zahle als die anderen Bauern bekäme er Leute in Hülle und Fülle. Diesmal aber hatte er sich getäuscht. Die, welche aus dem Dienste gegangen waren, hatten keinen Grund, mit der Wahrheit zurückzuhalten, wie es jetzt beim Krommatsbauer zugehe. Die Sache hatte sich bald herumgesprochen; kein Dienstbote, der auf sich etwas gab, wollte bei dem jähzornigen, ungerechten Bauer in Dienst treten. Leute bekam er trotzdem. Aber was für welche! Solche, die kein anderer Bauer mochte, die entweder nichts gelernt hatten, ganz junge oder ganz alte; Leute, auf die kein Verlaß war, die sich weniger um die Interessen ihres Herrn, desto mehr aber um ihr eigenes kümmerten.

Jetzt brauchte der Bauer keinen Vorwand mehr zu suchen, um mit den Dienstleuten zanken und streiten zu können. Wohin er ging und sah, bemerkte er Unregelmäßigkeiten und Unziemlichkeiten. Und nun machte er

geringen Haushaltungsgeld, daß Du ihr geben kannst, überhaupt im Stande ist, die theueren der vorgeschlagenen Speisen zu kochen oder ob sie nicht jahraus, jahrein auf die vier oder fünf billigsten der angerathenen Recepte angewiesen wäre.

Rechne die Haufen Erbsen, Linsen, Bohnen und Kartoffelchen zusammen, die Du benöthigst, um Deinen und der Deinen Hunger zu stillen, und dann halte die kleinen Mengen dagegen, die nach der Meinung der Herausgeber des Kochbuchs hinreichen zu einer genügenden Ernährung von sechs Personen. Wenn Du das thust, so wirst Du das Kochbuch mit einem Segensspruch auf die Arbeiterfreundlichkeit des Fabrikantenvereins auf die Seite legen und bei Deinen Linsen, Bohnen und Erbsen bleiben.

So Du aber Harmoniedusler bist, so thue dem Fabrikantenverein den Gefallen und lebe ein Jahr lang nach dessen Kochbuch. Lasse Deine Frau für sechs Personen genau die Mengen kochen, die oben angegeben sind und sieh zu, ob Du dann in einem Jahre Dich noch genährt genug fühlst, Deiner Arbeit nachzukommen, ob Deine Frau und Deine Kinder nicht einherschleichen, wie die Schatten ihrer früheren Gestalten.

Für reiche Nichtsthuer freilich, deren Arbeit gethan ist, wenn sie sich von ihrem Pfühl erhoben haben, die zu jeder Zeit, wenn sie Hunger fühlen, sich an einem kleinen „Imbiß" laben und die sich mehr aus Gewohnheit als aus Hunger an den Mittagstisch setzen, mag die vorgeschlagene Menge der Speisen genügend sein, in einer Arbeiterfamilie reicht sie kaum für zwei, geschweige denn für sechs Personen, und es ist tief bedauerlich, wenn wirklich, wie angegeben ist, 18 Arbeiter die Angaben hierzu gemacht haben. Wahrheit leuchtet aus diesen Angaben sicherlich nicht heraus, nur Liebedienerei.

Aber noch eins! Die Preise, welche das Kochbuch ansetzt, entsprechen in keiner Weise der Wirklichkeit, sondern sind zur Erzielung eines günstigen Effektes recht willkürlich niedrig angesetzt, wie uns jede Arbeiterfrau bestätigen wird. Das muß besonders betont werden. Wo bekommt der Arbeiter zwei Brödchen um vier Pfennige? Wo hat man im Sommer ein Pfund Kartoffeln für zwei Pfennige erhalten?

Doch das Alles finden die Frauen viel besser heraus als wir. Sie mögen die angeführten Speisezettel einer eingehenden Prüfung unterwerfen und uns das Resultat derselben bekannt geben. Vielleicht ergiebt sich dann noch Gelegenheit, auf Einzelheiten einzugehen.

Für jetzt wollen wir nur noch die sozialpolitische Absicht des Fabrikantenvereins in kurzen Zügen klarlegen.

Das berechtigte Bestreben der Arbeiterschaft nach Verbesserung ihrer Lebenslage ist den Fabrikanten ein Scheuel und Greuel, da es im Großen und Ganzen stets auf eine Lohnerhöhung hinauslaufen muß. Darum suchen sie diesem Streben entgegenzutreten, wo und wie sie nur können, und das geschieht am Besten durch den Vorwurf: „Ihr Arbeiter verdient genug, um anständig leben zu können; Ihr wißt Euer Einkommen nur nicht zweckmäßig einzutheilen." Zur Bekräftigung dieses Vorwurfs werden dann derartige Kochbücher abgefaßt wie das vorliegende, das nicht das erste ist und auch nicht das letzte sein wird. Wir erinnern nur an die Bettelsuppenrezepte des ultramontanen „Sozialpolitikers", Kaplan Hitze. Man macht von Seiten der Fabrikanten dem Arbeiter, der über niederen Lohn klagt, ein solches Kochbuch als Weihnachtsgeschenk und hat damit seine Noth aus der Welt geschafft. Denn kommt er trotz des Kochbuchs nicht aus, dann müssen die Unwirthschaftlichkeit der Frau, die Lebesucht des Arbeiters und tausenderlei ähnliche kleine Umstände schuld sein, daß der Arbeiter sich nicht vorwärts und es nicht zum kleinen Kapitalisten bringt. Der niedrige Lohn darf es unter keinen Umständen sein. Arbeiter, die nicht denken, lassen sich durch derartige Phrasen aus dem Munde der Kapitalisten übertölpeln, machen ihren Frauen vielleicht noch Vorwürfe und lassen sich dann von den Kapitalisten den Unfrieden ins Haus tragen. Darum müssen die Arbeiterfrauen sich einmüthig gegen diese Art des kapitalistisches Kampfes gegen die Arbeiterfamilien wenden.

Kochkurse sind ein Segen für das Arbeitsmädchen, das ist nicht zu leugnen. Sie verdienen die größtmögliche Verbreitung. Nur dürfen diese Kochkurse nicht im Dienste der Ausbeuter stehen, sondern müssen sich genau an die Rezepte halten, die der Physiker und der Arzt für die Erhaltung des menschlichen Körpers und der menschlichen Kraft vorschreiben. Die vorliegenden Speisezettel wären vielleicht annehmbar, wenn sie für zwei resp. vier Personen lauteten, für sechs und zwölf aber sind sie Schwindel.

Hierfür ein Beispiel: Ein uns befreundeter Unternehmer, dem wir das Buch zur Einsicht vorlegten, machte sich den Spaß, das 29-Pfennig-Rezept für einen mit Erdarbeiten beschäftigten Arbeiter anfertigen zu lassen, wobei nebenbei bemerkt des Jahreszeit entsprechend für Salat allein 30 Pfennige ausgegeben wurde, und der Arbeiter verzehrte, um seinen Hunger zu stillen, nicht nur die ganze für 6 Personen berechnete Mahlzeit, sondern zu allgemeiner Heiterkeit auch noch für zwanzig Pfennig ihm gereichten Schwartenmagen und etwa ein halbes Pfund Brot. Eine Probe auf die sämmtlichen Rezepte würde vielleicht dasselbe Resultat ergeben.

Nehmt also das Weihnachtsgeschenk der Fabrikanten hin, als das, was es ist, Ihr Arbeiter: als einen plumpen Versuch des Kapitalismus, Euch und Eure Männer zu überzeugen, daß die Arbeiterklasse sich zu reichlich nährt und daß sie zum Nutzen des Kapitalismus sich ans Hungern gewöhnen muß.

Befolgte der Arbeiter (als Klasse betrachtet) die Absicht, die dem Buch zu Grunde liegt, so würden wir in kaum fünf Jahren eine weitere Verminderung der Lebenszeit des Arbeiters zu konstatiren haben, und der Kapitalistenring würde in kaum einem Jahre den Nachweis liefern, daß es dem Arbeiter immer noch zu gut geht und daß weitere Lohnreduktionen nöthig seien.

Denn wo der Kapitalist (ebenfalls als Klasse betrachtet) seine Arbeiterfreundlichkeit in den Vordergrund drängt, da geschieht es stets im Interesse seines unersättlichen Geldsacks. . . .

Arbeiterfrauen, studirt die vorliegenden Kochrezepte und lernet daraus die Arbeiterfreundlichkeit des Geldsacks würdigen.

Soziales und Partei-Leben.

Töpfer! Zuzug ist fernzuhalten wegen Lohndifferenzen nach Stettin, wie bisher nach Görlitz, gleichfalls nach der Neumärkischen Ofenfabrik Giesenbrügge bei Adamsdorf und nach Bukarest. Ferner für Scheibenarbeiter nach Coswig in Anhalt und nach Kenzingen in Baden. Mitglieder des Verbandes, die jetzt in diesen Orten Arbeit annehmen, werden aus dem Verbande ausgeschlossen.

Seit Kurzem tauchen in Berlin zahlreiche weibliche Stadtreisende auf. Dieselben gehen von Thür zu Thür und preisen Waaren aller Art an. Auch in der Bücherkolportage sind zur Zeit weibliche Kräfte zahlreich thätig. Der größte Theil dieser weiblichen Stadtreisenden ist kaum im Stande, den täglichen Lebensunterhalt zu verdienen. — So zwingen die wirthschaftlichen Verhältnisse das Weib in immer andere Berufe.

Der Ausstand der Taschen- und Feder-Messerreider in Solingen hält noch immer an. Die Reider haben die Wiederaufnahme der Arbeit von der endgültigen Fertigstellung des streitigen Preisverzeichnisses abhängig gemacht. Seit Dienstag v. W. sind nun die Berathungen hierüber im Gange, kommen aber nicht recht vom Fleck.

Aus der Fraktion. Der Reichstagsabgeordnete Genosse Franz Hofman ist am Sonntag aus dem Gefängnisse zu Chemnitz, wo er einen Monat abgesessen hat, entlassen worden und kann nun bei der Entscheidung über die Umsturzvorlage zugegen sein. Bei den Genossen Schippel und Stadthagen dürfte dies kaum der Fall sein, so daß zwei Gegner der Vorlage bei der letzten Abstimmung wohl fehlen werden.

Entbehrungslöhne. Ueber die Einnahme der Harpener Bergbau-Gesellschaft schreibt die „Rh.-Westf. Ztg.", das Organ der Kohlenbarone: „Der Brutto-Ueberschuß der Harpener Bergbau-Gesellschaft im Dezember 1894 hat 313000 gegen 319000 Mark im November 1894 betragen. Da der November 25, der Dezember aber nur 23 Arbeitstage hatte, stellt sich pro Tag das Ergebniß des Dezember höher als dasjenige des Vormonats. Im Dezember 1893 bezifferte sich der Gewinn nur auf 290009 Mark. Das Ergebniß der verflossenen ersten sechs Monate des Geschäftsjahres 1894/95 beziffert sich nunmehr auf 1792000 Mark gegen 1,406,000 Mark in derselben Zeit des Vorjahres. Die finanzielle Lage der Gesellschaft hat sich demnach gegen 1893 ersichtlich gebessert, was auch in dem Kursstand der Aktien an der Berliner Börse seinen Ausdruck findet. — Und der Lohn der Bergarbeiter? Arbeitslosigkeit oder im günstigsten Falle schwere Arbeit bei steter Todesgefahr und schlechten Löhnen.

---

seinen Sohn verantwortlich dafür, daß er vor Aerger und Zorn keine ruhige Stunde mehr hatte. Natürlich litt es ihn jetzt selten mehr zu Hause. Er ging in ein Wirthshaus, trank mehr, als er vertragen konnte, schimpfte über seinen Sohn und den Hollerbauer, den Bülmazschnitter, den alten Lumpen, der den Ferdl gegen ihn aufhetzte und ihm alle Ruhe raube; die anderen Bauern suchten den alten, verbitterten Mann zu alledem noch aufzustacheln.

„Hast Recht, Kommats, der alte Lump ist an Allem Schuld."

„Ich an Deiner Stelle möchte das einfach gar nicht leiden."

„Daß der Hollerbauer ein schlechtes Gewissen hat, das zeigt ja, daß er nie in's Wirthshaus kommt.

„Und wenn man ihm draußen begegnet, schaut er immer auf den Boden und grüßt nicht einmal."

„In der Kirche hat ihn auch einer schon lange nicht mehr gesehen. Das ist schon gar nimmer wahr."

„Aber trauen thust Du Dich doch über ihn? Das wär doch eine Schand', Krommatsbauer!"

Die Folge von all' der Stichelei und dem Gerede war, daß der Hollerbauer noch mehr gemieden wurde als früher. Niemand wollte mit dem Bülmazschnitter etwas zu thun haben. Man suchte ihm auszuweichen, wo man immer konnte. Die Weiber schlugen ein Kreuz, wenn sie ihn von Weitem kommen sahen, und waren sie an ihm vorbei, so schlugen sie wieder ein. Und all' diesen Haß und Groll übertrugen die Dorfbewohner jetzt auch auf den jungen Krommatsbauer. Er war ja der Einzige, der mit dem alten Bülmazschnitter und dessen Familie Umgang pflog, seinem Vater nicht gehorchte und so den anderen Burschen ein böses Beispiel bot.

Es dauerte garnicht lange, stand Ferdl unter den jungen Leuten grade so vereinsamt, wie der Hollerbauer unter den Alten. Daran war er freilich zum Theil selbst Schuld. Aber er merkte, daß man ihn mit höhnischen lauernden Blicken beobachtete, zog er sich mit einem Male von seinen Altersgenossen zurück, stieß auch Diejenigen, welche an seiner Seite ausharren wollten, durch Stichelreden und brüske Ablehnung von sich. Diese Umstände bewogen Ferdl, sich um so fester an den Hollerbauer anzuschließen. Und das um so mehr, als er sich Gewißheit darüber verschafft, was es denn mit dem Bülmazschnitter eigentlich für eine Bewandtniß habe.

Der alte Hollerbauer hatte ihn freilich mit großen Augen angesehen, als er ihn darüber fragte. Aber bald hatte sich Mariens Vater wieder gefaßt und sprach: „Ja, Du sollst es erfahren, es ist besser, wenn völlige Klarheit zwischen uns herrscht. Das ganze Gerede stammt aus der Zeit, als ich wegen meiner späteren Frau mit Deinem Vater in Feindschaft gerieth. Früher waren wir gute Kameraden; wenn wir zwei bei einer Rauferei zusammenstanden, räumten wir den ganzen Saal. Man fürchtete uns, aber man ehrte uns auch. Da wurde ich mit der Anna-Marie, der Tochter des Neubauer in Losenau bekannt. Und wie Dein Vater Alles wußte, was ich that, so hatte er auch bald Wind davon und ging einmal mit mir nach Losenau hinunter. Ich sah's gleich, das ihm die Anna-Marie gefiel, hatte aber keine Furcht, weil ich schon das Jawort von ihr und ihrem Vater hatte. Bald merkte ich, daß es zwischen mir und Deinem Vater nicht mehr so war, wie sonst. Wenn er mich auch nicht absichtlich mied, so schien er doch kein so großes Gefallen mehr an meiner Gesellschaft zu haben, wie früher. Ich konnte mir an den Fingern abzählen, was der Grund war, dachte mir aber weiter nichts dabei. Mit meinem Mädchen hatte ich schon Alles verabredet und schwebte im höchsten Glücke. Als ich wieder einmal nach Losenau hinabkam, erzählte mir die Anna-Marie, daß der junge Krommatsbauer bei ihrem Vater gewesen und um ihre Hand angehalten habe. Der Vater habe nicht Ja gesagt und Jenen an sie gewiesen. Sie aber sei davongelaufen und habe sich den ganzen Tag über nicht sehen lassen. Ich blieb diesmal etwas länger als sonst und wir verabredeten den Tag, an welchem unsere Heirath stattfinden sollte.

In derselben Nacht kehrte ich auf dem Heimwege im großen Wirthshaus ein; es war das letzte Mal, daß ich unten war. An dem großen Tische saß auch Dein Vater. Er hatte schon etwas viel getrunken, nahm mich um den Hals und klagte mir sein Leid. Er wolle die Anna-Marie heirathen, habe schon mit ihrem Vater gesprochen, aber sein Vater, der Krommatsbauer, wolle die Sache nicht zugeben. Ich solle ihm rathen und helfen, er wisse nicht mehr, was er anfangen solle. Du kannst Dir denken, wie mir war. Endlich nahm ich mir ein Herz und erzählte ihm, wie die Sachen zwischen mir und der Tochter des Neubauer standen. Dein Vater starrte mich für den ersten Augenblick an, als wäre ich ein Gespenst. Dann brach er los. Ich will Dir nicht erzählen, was er damals Alles sagte. Er kündigte mir die Freundschaft, hieß mich einen Lumpen und Schurken und spuckte mir zuletzt in's Gesicht. Mir wurde es grün und gelb vor den Augen und wenn mich die Anderen nicht gehalten hätten, ich wäre zum Todtschläger geworden. Von dieser Stunde an haben wir, ich und Dein Vater, kein freundliches Wort mehr gewechselt.

Er hat mir seinen Haß reichlich entgelten lassen. Das ganze Dorf brachte er wider mich auf. Und wie so nothwendig brauchte ich damals Hülfe. Ich hatte sehr schwer „übernommen", ich und mein junges Weib mußten Himmel und Erde in Bewegung setzen, um uns halten zu können. Ganz auf uns allein waren wir angewiesen, nicht einen Zwirnfaden hätten uns die Anderen gegeben. Alles stürmte auf uns ein. Im ersten Jahr wurde mir das ganze Korn verhandelt, im zweiten Jahr mußte ich den größten Ochsen schlachten. Nicht ein Loth Fleisch kauften mir die Leute im Dorfe ab, und doch hatte ich, wenn einem Anderen ein Unglück mit seinem Vieh passirt war, immer so viel Fleisch genommen, als auf mich kam.

Und dann kam das Unglück, das mir mein Leben verbitterte und mein Weib vor der Zeit in das Grab brachte. Du kennst Euer Feld, welches an meine Gründe stößt, droben am Wege neben der tiefen „Rachel." Dein Vater hat sich nie viel um seine Felder gekümmert und die ganze Arbeit den Knechten überlassen. Es war im Mai und wir hatten schon einige recht starke Gewitterregen gehabt. Schwül wars, in der Ferne knurrte schon der Donner, jeden Augenblick konnte das Unwetter losbrechen.

Ich war auf dem Felde und vertiefte die Wassergräben. Wie ich an den Rain komme, bemerke ich, daß von Eurem Felde die Wasserfurche ganz widersinnig nach meinem Grundstück herübergeleitet sei. Kam ein Guß, so war mein Acker ganz verschlammt. Auf Eurem Felde standen Kartoffeln, sie kamen schon aus der Erde hervorgekrochen. Ich sah mich um, weiter droben hantirte ein Tagelöhner von Euch mit Hacke und Schaufel. Kurz entschlossen ergriff ich meine Schaufel, warf die Wasserfurche, wo sie an mein Feld stieß, zu und suchte sie nach dem Wasserrisse hinabzuleiten. Ganz kam ich damit nicht zu Stande, das Wetter brach herein. Es goß wie aus Kübeln.

(Fortsetzung folgt).

Verantwortlicher Redacteur: Otto Friedrich. — Druck und Verlag: Friedr. Meyer & Co., beide in Lübeck Große Altefähre 35/37